

Sebastian Erb, Martin Kaul, Alexander Nabert, Christina Schmidt und Daniel Schulz

**Hannibals Schattennetzwerk**

TAZ

TAZ vom 16.03.2019

## **Miliz made in Germany**

Unter den Augen der deutschen Behörden hat sich ein Netzwerk gegründet, das bewaffnete Einheiten trainiert, Zivilisten in Militärtaktiken schult und Sicherheitskräfte von Autokraten ausbilden möchte

Am 13. Februar 2019, einem Mittwoch, steht im Tagungsraum eines Vier-Sterne-Hotels rund 50 Kilometer südlich der philippinischen Hauptstadt Manila ein Mann, auf seinem T-Shirt prangt ein Logo, ein Schwert umrankt von Eichenlaub. Es ist das Zeichen des Vereins Uniter e. V. Er ist hier, weil sein Verein philippinischen Polizisten und Soldaten militärtaktisches Training anbieten will, privat organisiert.

In dem Tagungsraum, das lässt sich anhand von Fotos nachvollziehen, sitzen rund drei Dutzend Männer und zwei Frauen, manche tragen die Uniform der philippinischen Nationalpolizei, andere sind zivil gekleidet. Einer der Teilnehmer war früher Provinzgouverneur und möchte es jetzt wieder werden. Er macht Fotos von der Veranstaltung und postet sie später auf Face-book, so, als sei es selbstverständlich, dass ein deutscher Verein sich mit Leuten vernetzen will, die im Dienste eines Autokraten stehen.

Der heißt Rodrigo Duterte. Der philippinische Präsident hat seine Polizisten und Soldaten angewiesen, Drogenkriminelle ohne Prozess zu erschießen, und sagt über sich: „Ja, das ist wahr. Ich bin ein Diktator.“ Bei dem Treffen im Hotel posieren die Teilnehmer schließlich für ein Foto mit ausgestreckter rechter Faust – Dutertes Machtgeste. Auch der Uniter-Vertreter macht mit.

Im Verein Uniter e. V. vernetzen sich Elitesoldaten mit Polizisten aus Spezialeinheiten, aktiven und ehemaligen, Unternehmern der Sicherheitsbranche und Zivilisten. Der Referent zeigt ein Abzeichen, das Mitglieder erhalten, die eine Kommandoausbildung des Vereins durchlaufen: ein Wolfskopf mit gefletschten Zähnen. Dazu in Latein: „Semper Fidelis“, für immer treu.

Der Referent zeigt in dem Tagungsraum die Pläne Uniters für die Philippinen: Ziel eines zwei- bis vierjährigen Trainings sei, so ist es in der Präsentation auf Englisch zu lesen, dass die Teilnehmer auf Extremsituationen reagieren können. „An diesen Modulen kann jedermann teilnehmen und Erfahrungen mit Waffen sind nicht notwendig.“ Neben dem Text ein Foto: sieben Zivilisten in Camouflage, manche mit Schutzwesten, die Gewehre im Anschlag, als sicherten sie sich gegen Feinde ab.

Uniter veröffentlicht Mitte Februar selbst einen Bericht über das Treffen auf seiner Webseite. Teilgenommen hätten „hochrangige Mitglieder der Polizei, von Heer, Luftwaffe und der Navy, aber auch Mitarbeiter staatlicher Dienste und freier Sicherheitsfirmen, der Berufsfeuerwehr sowie einige Diplomaten und Anwälte“. Statt das Land zu benennen, schreibt der Verein nur von „Südostasien“. Geht es nach Uniter, diene das Treffen dem Zweck, neue Mitglieder für das internationale Netzwerk zu gewinnen.

Was nicht im Verborgenen stattfindet, kann ja kein Problem sein. Oder?

Im November 2018 berichtete die taz erstmals über ein Schattennetzwerk aus Soldaten, Polizisten und Behördenmitarbeitern, die sich auf einen sogenannten Tag X vorbereiteten. Die Mitglieder organisierten sich in Chatgruppen, die es heute nicht mehr gibt, und bei persönlichen Treffen, auch mit Hilfe des Vereins Uniter. Viele der Mitglieder waren sogenannte Prepper – das Wort kommt vom englischen „prepare“ –, sie bereiteten sich auf Katastrophen vor. In diesen Gruppen fanden auch Rechtsextremisten Platz. Darunter zwei Männer in Norddeutschland, denen der Generalbundesanwalt vorwirft, sie hätten geplant, Politiker und Aktivisten aus dem linken Spektrum zu töten. Auch Franco A. war in einem der Chats aktiv, der Bundeswehrsoldat, der als syrischer Flüchtling getarnt Attentate vorbereitet haben soll. In beiden Fällen geht es um rechtsextremen Terror. Der Text war das Ergebnis einer Recherche, die über ein Jahr andauerte.

Im Zentrum dieses Netzes: Ein Soldat, der sich „Hannibal“ nennt, André S., 33 Jahre alt, er ist der Kopf von Uniter und Administrator der Prepper-Chats. 2017, als wir mit der Recherche beginnen, ist er noch Mitglied des Kommandos Spezialkräfte, der Einheit der Bundeswehr, die für besondere Einsätze ausgebildet ist – deutsche Geiseln im Ausland befreien, Taliban-Kämpfer in Afghanistan aufspüren, so

etwas. Im Frühjahr 2018 wird er zu den Fallschirmjägern versetzt, offiziell ist er bis heute Bundeswehrosoldat. Gegen ihn läuft ein Disziplinarverfahren. Es ist ihm verboten, Uniform zu tragen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt gegen ihn, weil er gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz verstoßen haben soll.

Im vergangenen Dezember haben wir ausführlich das Innere des Vereins beschrieben. Uniter e. V. setzt sich für Veteranen ein, will Spezialkräfte in ihrem zweiten Berufsleben unterstützen. Mit Hilfe von Schilderungen zahlreicher Augenzeugen, Fotos, den Einschätzungen von Sachverständigen, Ermittlungsunterlagen und internen Vereinsdokumenten konnten wir belegen: Bei Uniter wird auch daran gearbeitet, Zivilisten kampftüchtig zu machen, ja, sogar eine eigene Kampfeinheit aufzubauen – Uniter nennt diese Einheit „Defense Corps“.

Im Sommer 2018 veranstaltete Uniter ein Training im baden-württembergischen Mosbach. Hannibal leitete dort Zivilisten an, sich mit Waffen in Gefechtsituationen zu bewegen. Personen aus der Sicherheitsbranche, die damals Kenntnis von der Ausbildung erlangen, legen sich fest: Solche Trainings kommen einer paramilitärischen Ausbildung gleich.

Unsere Recherchen ergeben, dass Uniter mit Schusswaffen trainiert, ganz legal, auf Schießständen für Sportschützen, in Ulm beispielsweise oder in Berlin. Der Verein teilt uns damals über seinen Anwalt mit, dass Selbstverteidigungstrainings nicht mit echten Waffen absolviert würden. Das deutsche Waffenrecht ist streng: Sogenanntes kampfmäßiges Schießen ist Zivilisten verboten.

Kommt der Tag X, ließe sich so eine Übungswaffe leicht gegen eine echte austauschen.

Nun zeigt sich: Geschult werden soll auch anderswo. Hannibals Verein geht auf Reisen. Warum wollen deutsche Sicherheitsbehörden angeblich nichts davon wissen, was Hannibals Netzwerk weltweit treibt, was sie in den Philippinen vorhaben, was das mit deutschen Polizisten in Libyen zu tun hat, was mit Guinea? Deshalb blicken wir noch einmal in den Verein hin-ein, der in Deutschland eine eigene paramilitärische Kommandoausbildung durchführt. Ein Verein, der mit seinem Wolfsabzeichen in den von Duterte regierten Philippinen wirbt. Es geht um ein Netzwerk, das Kontakte zu mutmaßlich Rechtsextremen unterhielt und beste Verbindungen in deutsche Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden pflegt. Entsteht aus einem gemeinnützigen Verein ein deutsches Blackwater, eine international agierende Söldnertruppe? Und warum lassen die deutschen Sicherheitsbehörden zu, dass dieses Netzwerk stetig wächst?

Nur wenige Wochen bevor Uniter auf den Philippinen um eine Kooperation mit den Sicherheitsleuten eines Autokraten wirbt, rätseln Politiker im Deutschen Bundestag: Ist ein Verein wie Uniter tatsächlich ein Problem? Es ist der 30. Januar, der Verteidigungsausschuss hat die Nachrichtendienste in eine nichtöffentliche Sitzung eingeladen. Die Abgeordneten haben Fragen zu Uniter. Obwohl der Innenausschuss bereits ausführlich dazu getagt hat, obwohl rund ein Dutzend kleine Anfragen gestellt wurden und Angela Merkel in einer Regierungsbefragung antworten musste, ist die Informationslage im Parlament noch immer: dünn.

Weder der Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) noch die Vertreter des Bundesamts für Verfassungsschutz können den Abgeordneten beschreiben, was das „Defense Corps“ ist. Warum ein Bundeswehrosoldat in seiner Freizeit Zivilisten in Militärtaktik unterrichtet, können sie nicht einordnen. Die Abgeordneten hören auch nichts von den Philippinen. Die Dienste, auf die sich die Abgeordneten verlassen müssen, erklären dazu: nichts.

Dabei sitzt eine Vertreterin des Bundesnachrichtendienstes im holzvertäfelten Saal. Sie wurde eingeladen, um zu schildern, was der deutsche Auslandsgeheimdienst über den Verein weiß, der international vernetzt ist und dessen Mitglieder für deutsche Sicherheitsfirmen im Irak oder in Russland arbeiten. Die BND-Vertreterin ist eine Frau mit kurz rasierten Haaren, Referatsleiterin in der Abteilung Eigensicherung. Ihr Bericht fällt knapp aus: Der BND habe keine Erkenntnisse zum Themenkomplex Uniter.

Nach der Sitzung wollen wir die BND-Frau sprechen, eine Beamtin des Kanzleramts eilt sofort dazu. Wir fragen: Wieso interessiert sich der BND nicht für einen Verein bestens ausgebildeter deutscher Soldaten, Polizisten und Sicherheitskräfte, die mit ausländischen Sicherheitsbehörden in Kontakt stehen?

Die Frage bleibt unbeantwortet.

So geht es nicht nur uns und den Bundestagsabgeordneten.

In Nordrhein-Westfalen wollen die Grünen wissen, was die Landesregierung über das Netzwerk weiß. Dort lebt seit einigen Monaten der Kopf des Netzwerks, Hannibal, er ist dort in mehrere Firmen involviert. Auch der Verein Uniter hat inzwischen eine Postadresse in Dormagen in der Nähe von Köln. Die Landesregierung antwortet: Es lägen „keine Erkenntnisse vor“.

In Bayern, wo das Netzwerk nach Aussagen von Zeugen mindestens ein Safe-House unterhalten hat – einen geheimen Rückzugsort im Falle des Tages X –, teilt die Landesregierung mit, sie wisse nichts

davon. Zum Verein Uniter, der dort regelmäßig Veranstaltungen organisiert, lägen „gegenwärtig zudem keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Bewertung der Aktivitäten des Vereins“ vor.

Der Dienst, von dem man am meisten Informationen erwarten könnte, ist der Landesverfassungsschutz in Baden-Württemberg. Dort ist Uniter besonders aktiv. Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr, aus dem heraus sich Uniter ursprünglich gegründet hatte, ist in Calw stationiert, der Verein hat seinen Sitz in Stuttgart. Die Prepper-Chatgruppe hatten in dieser Region die meisten Mitglieder, auch Franco A. war hier aktiv. Und in diesem Bundesland fanden die Übungen statt, bei denen Zivilisten in kugelsicheren Westen und Kampfanzug mit Waffen trainierten. Fragt man den Landesverfassungsschutz, teilt er mit: Uniter sei kein Beobachtungsgegenstand. In einer Antwort des Landesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen heißt es: Die Sicherheitsbehörden verfügten über keinen eigenen Erkenntnisse.

Eine Antwort, die Fragen aufwirft. Denn zugleich teilt die Landesregierung zu Veranstaltungen von Uniter mit: „Die Beantwortung der Frage kann nicht offen erfolgen, da aus dem Bekanntwerden der Antwort Rückschlüsse auf die Arbeitsweise, die Arbeitsfähigkeit und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des LfV gezogen werden könnten.“ Haben die Sicherheitsbehörden also doch eigene Erkenntnisse?

Recherchen der taz ergeben: Das Landesamt für Verfassungsschutz hat mindestens einen Hinweisgeber. Anscheinend gibt es doch ausreichend Anhaltspunkte für den Nachrichtendienst, sich über den Verein fortlaufend zu informieren. Nicht viele Vereine werden so begleitet.

Aber wir finden eine noch bemerkenswertere Personalie heraus: Ein Mitarbeiter des Landesverfassungsschutzes war bis Anfang 2017 Vorstandsmitglied von Uniter e. V. Er hat ihn sogar mitgegründet.

## **Ringo**

Der 13. Februar 2019, kurz nach 20 Uhr. Es ist bereits unser zweiter Versuch, Ringo M. in seiner Wohnung in einem Vorort von Stuttgart anzutreffen. Zwischen weißen Reihenhäusern liegt das fünfstöckige Wohnhaus, in dem M. lebt. Niemand öffnet.

M. war dabei, als der Verein im Mai 2016 in einer Stuttgarter Freimaurerloge gegründet wurde. Er übernahm den Vorsitz.

Um ihn zu sprechen, hatten wir schon bei seinem Arbeitgeber angerufen, einer Polizeidirektion in Stuttgart. Dort sagte man uns, er sei dort nicht mehr tätig. Von der Polizeigewerkschaft hörten wir, er sei zwar noch Mitglied, aber nicht mehr Polizist. Wochenlang tragen wir Indizien zusammen, sprechen mit Quellen aus dem Umfeld von Uniter und von Ringo M. Aus Sicherheitskreisen erfahren wir Details zu dem Verfassungsschutzmitarbeiter im Vorstand von Uniter. Nachdem wir diese Verbindung öffentlich machen, bestätigt uns das Landesinnenministerium schließlich: Ringo M. arbeitet für den Landesverfassungsschutz. Bereits seit 2015, also Monate, bevor er Uniter in Stuttgart mitgründet.

Auf einen Brief im Dezember reagierte M. nicht. Als wir am 13. Februar an seiner Tür klingeln, schon.

Ein schwarzer Porsche Cayenne fährt vor, vier muskulöse Männer kommen auf uns zu. Einer stellt sich als Anwalt vor, zwei andere gar nicht, sie postieren sich vor dem Eingang des Wohnhauses. Der vierte Mann ist Ringo M. Er trägt Badelatschen und Socken.

M. spricht schnell, hektisch. Sein Begleiter, der sich als Anwalt ausgibt, drängt ihn zu gehen, nicht weiter zu reden. M. sagt, es sei für seinen Arbeitgeber ein Problem, mit irgendetwas mit Uniter in Zusammenhang gebracht zu werden. Deshalb habe er den Vorstandsposten aufgegeben.

Wir finden ein Schriftstück, das das belegt. In einem Brief an den Vorstand von Uniter vom 16. Januar 2017 schreibt M., er trete vom Vorstand zurück.

Den Verein hatte es bereits einmal gegeben, 2012 hatte Hannibal ihn in Halle gegründet, seiner Geburtsstadt. In den Folgejahren vernetzt Hannibal bundesweit Gruppen, die er dazu aufruft, sich für ein Krisenszenario an einem „Tag X“ vorzubereiten, Safe-Houses zu vereinbaren, Depots anzulegen. Mindestens zweimal ist auch Franco A. anwesend, als Hannibal zu Treffen in Baden-Württemberg einlädt. Franco A. ist der wegen rechtsextremen Terrors angeklagte Soldat. Es sind die Monate, in der die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland steigt und sich die Debatten um Integration verschärfen. Im Mai 2016 gründet André S. Uniter erneut. Ringo M. und André S. treten einem Ritterorden bei, sie treffen sich also auch außerhalb von Uniter.

Fragt man Ringo M., warum er sich an einer Vereinsneugründung beteiligt hat, sagt er: Das sollte ein humanistischer Verein werden, nichts mit Preppern. Und: Die Mitglieder aus dem alten Verein seien ihm zu militaristisch gewesen.

Fragt man Gründungsmitglieder aus dem alten Uniter-Verein, sagen die: Sie wollten mit Hannibals Prepper-Themen nichts mehr zu tun haben, den Verein deshalb auflösen. Mit den militaristischen Übungen von heute seien sie nicht einverstanden.

Diesen Widerspruch vermag Ringo M. in dem kurzen Gespräch an jenem Februarabend nicht aufzulösen. Weil seine Begleiter ihn drängen zu gehen, bleibt auch eine weitere Frage offen: War ihm Franco A., der Treffen seines Vereins besucht hatte, damals wirklich nicht aufgefallen?

Franco A.s rechtsextreme Gesinnung war deutschen Sicherheitsbehörden entgangen, obwohl er eine Abschlussarbeit mit eindeutigem Inhalt vorgelegt hatte, obwohl er gute Kontakte in die rechtsextreme Szene pflegte, sich Waffen beschaffte. Franco A. flog Ende Januar 2017 auf, weil eine Putzfrau am Wiener Flughafen eine Waffe gefunden hatte. Sie meldete den Fund österreichischen Ermittlern.

Ringo M. erklärt uns auch nicht, warum er einen Verein gründete und nur ein halbes Jahr später wieder ausstieg – unmittelbar bevor Franco A. festgenommen wurde. Er bestreitet auch, für den Verfassungsschutz zu arbeiten. Hat er daran mitgewirkt, dass der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg Uniter für harmlos hält? Hätte das Landesamt Franco A. schon damals erkennen können?

Ein Sprecher von CDU-Landesinnenminister Thomas Strobl teilt uns mit: Ringo M.s Vereinstätigkeit sei privat gewesen. Er habe in seiner Zuständigkeit „keinerlei Berührungspunkte zum Verein Uniter e. V.“ Der Sprecher fügt aber eine bemerkenswerte Formulierung hinzu: „soweit ersichtlich“.

## **Böblingen**

Recherchiert man zu Ringo M. und dem Verein Uniter, führt die Spur zurück in das Jahr 2005. Damals wird er Mitglied einer neuen Einheit der Bereitschaftspolizei in Böblingen, die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit BFE 523. Ihr Aufgabengebiet: Demonstrationen, Razzien, organisierte Kriminalität; die harten Einsätze.

Chef der Einheit ist damals ein Mann, der heute Inhaber einer Sicherheitsfirma ist, die mit Uniter Geschäfte macht. Und ein früherer Ausbilder sitzt heute für die AfD im Bundestag.

In den folgenden Jahren befragen Ermittler immer wieder die Mitglieder dieser knapp 50-köpfigen Einheit; weil es Anlass dazu gibt.

Ja, sagt ein Polizist, es habe Kollegen gegeben, die die Musik rechtsradikaler Bands hörten, das seien überwiegend Kollegen aus dem Osten gewesen. Ja, sagt der damalige Chef, einer seiner Mitarbeiter sei früher beim Ku-Klux-Klan gewesen. Jenem Ku-Klux-Klan mit Mitgliedern von Schwäbisch Hall bis Rostock, in dem auch ein rechtsextremer V-Mann des Verfassungsschutzes Mitglied war, der sich unter dem Decknamen „Corelli“ im Umfeld des NSU-Trios bewegt hatte.

Die Ermittler stellen über Jahre hinweg all diese Fragen, weil noch eine Person Mitglied der Böblinger BFE 523 war: Michèle Kiesewetter. Das zehnte Todesopfer des NSU. Am 25. April 2007 wurde die Polizistin während ihres Dienstes in Heilbronn erschossen. Bis heute ist nicht geklärt, warum ausgerechnet sie von den Rechtsterroristen getötet wurde. 2014 wird die Polizei im Land umstrukturiert und die Einheit BFE 523 aufgelöst.

An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen: Wo auch immer wir fragen, suchen und recherchieren, wir finden keine Verbindung zwischen Hannibals Schattennetzwerk und den NSU-Tätern. Der thüringische Untersuchungsausschuss zum NSU hat Ringo M. im April zu einer Sitzung vorgeladen.

## **Libyen**

Ende letzten Jahres bekommen wir einen Tipp: Uniter Pläne, ausländische Sicherheitskräfte zu schulen, sind nicht so großwahnstimmig, wie sie für einen gemeinnützigen Verein zunächst klingen. Es gibt Leute, die bei Uniter mitmischen, die solche Schulungen bereits gemacht haben. Vor ein paar Jahren – in Libyen. Einer dieser Männer heißt Thomas B. Es gibt zahlreiche Dokumente, die ihn beschreiben, Akten der NSU-Ermittlungen etwa und Gerichtsurteile. Als Präzisionsschütze ausgebildet, war er mal Polizeihauptkommissar, Einheitsführer bei der Böblinger Bereitschaftspolizei-Einheit 523. Der Chef von Michèle Kiesewetter also. Und von Uniter-Mitgründer Ringo M.

Zwischen 2005 und 2007, vielleicht auch noch später, reisten Polizisten und Soldaten aus Deutschland in die libysche Hauptstadt Tripolis, manche blieben Wochen, manche Monate. Insgesamt waren mindestens 30 aktive oder ehemalige deutsche Beamte hier. Genau lässt sich das nicht rekonstruieren. Belegt ist: Die norddeutsche Firma BDB Protection hatte den Männern damals den Auftrag erteilt,

Sicherheitskräfte für den Diktator Muammar al-Gaddafi auszubilden. Schießen, Häuserkampf, Busbefreiung.

Es kommt durchaus vor, dass deutsche Sicherheitskräfte im Ausland Schulungen anbieten, auch in politisch fragwürdigen Ländern, aktuell etwa in Mali. Dann entsendet die Bundesregierung Polizeibeamte. Nur war das damals, so beteuerte es jedenfalls die Bundesregierung, nicht der Fall. Als die Vorgänge schließlich bekannt wurden, berichteten alle überregionalen deutschen Zeitungen darüber. Sie nennen es: die Libyen-Affäre.

B. ist gerade mal ein paar Monate Einheitsführer in Böblingen, als er im Oktober 2005 das erste Mal nach Libyen reist und dann immer wieder. Mit ihm arbeiten mindestens zwei weitere Polizisten aus Baden-Württemberg als Ausbilder: Ein Mitarbeiter aus seiner Einheit und ein befreundeter Polizist vom SEK. Mehrere Quellen aus dem privaten und beruflichen Umfeld bezeugen: B. war die treibende Kraft des Trios. Sie bezeugen auch, dass B. mit Hannibal, dem Kopf des Schattennetzwerks, Kontakt pflegt. Bis heute.

Thomas B. hat heute eine kleine Firma, mit Sitz in der Stuttgarter Innenstadt. Der Freund vom SEK, der ebenfalls in Libyen war, ist sein Geschäftspartner. Sie beraten Firmen, die Mitarbeiter in unsichere Staaten schicken wollen. Spezialgebiet: Libyen.

Wir finden heraus, dass Thomas B. über seine Firma kleinere Geschäfte für Uniter erledigte. Mal vermittelt er Hannibal Kontakt zu einem Versicherungsvertreter, mal heuert er Uniter-Mitglieder als Sicherheitsleute an. Ob er oder sein Geschäftspartner jemals im Verein oder in den Prepperchats Mitglied waren, lässt sich nicht verifizieren. Also rufen wir Thomas B. an und bitten um ein Gespräch. Er schlägt ein Treffen nur eine Stunde später vor. Unter einer Bedingung: dass wir nicht zitieren, was er uns sagt.

Es hätte auch nur wenig zu zitieren gegeben. Denn das Meiste von dem, worüber wir in einer McDonald's-Filiale an der Autobahn nahe Stuttgart sprechen, lässt sich später nicht verifizieren. Vieles aber widerlegen.

Thomas B. hat nicht zugegeben, als Ausbilder in Libyen gewesen zu sein. Zahlreiche Gerichte beschäftigten sich über Jahre und viele Instanzen hinweg mit der Libyen-Affäre. Wegen einer Nebensächlichkeit wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt: Ermittler hatten einen „Reizstoffwurfkörper“ bei ihm zu Hause gefunden. Anfang 2013 wurde er in den Ruhestand versetzt. Thomas B. habe, so heißt es im Disziplinarurteil, „durch das von ihm begangene schwere Dienstvergehen das Vertrauen des Dienstherrn und der Allgemeinheit endgültig verloren“.

Nur eine Frage konnten die Ermittler nie klären: Als Spezialkräfte von SEK oder GSG9 verfügten die deutschen Ausbilder in Libyen über Spezialwissen, über Fähigkeiten, mit denen sie den deutschen Staat, die deutschen Staatsbürger schützen sollten. Und das haben sie als Privatleute an einen Diktator und seine Polizisten verkauft. Verkauften sie auch Geheimnisse? „Das war von hier aus unmöglich zu ermitteln“, sagt heute einer der damaligen Ermittler.

Trotzdem ist Thomas B.s Ausbildungsmission ein Präzedenzfall. Für Uniter, weil sie zeigt, dass solche Aufträge umsetzbar sind, dass deutsche Spezialkräfte und ihr Wissen im Ausland gefragt sind.

Für die Ermittler und die Richter ist Libyen damals ein Präzedenzfall, um sich festzulegen: Das geht gar nicht. Konkret urteilt der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg 2017: „Die Unterstützung eines solchen Staates durch deutsche Beamte kann den Eindruck erwecken, dass der Beamte, sein Dienstherr oder auch die Bundesrepublik Deutschland als solche mit einem totalitären Regime sympathisiert.“

## **Bundestag**

Im Deutschen Bundestag versuchen manche Abgeordnete seit Monaten, aufzuklären. Und es gibt andere, die auffallend engen Kontakt zu den Akteuren haben. Für einen AfD-Abgeordneten, der im Verteidigungsausschuss sitzt etwa, arbeitet ein Bekannter von Franco A., er heißt Maximilian T. Gegen ihn hatte die Bundesanwaltschaft zunächst auch ermittelt.

Im Innenausschuss sitzt der AfD-Abgeordnete Martin Hess. Was nur wenige wissen: Auch Hess war früher in der Böblinger BFE 523, auch er war ein direkter Kollege von Michèle Kiesewetter, auch von Thomas B., dem Polizisten mit den guten Kontakten nach Libyen. Und von Verfassungsschützer Ringo M., dem Mitgründer von Uniter e. V. Er antwortet nicht, als wir ihn mehrfach um ein Gespräch über Uniter bitten.

In einer Sitzung des Innenausschusses im Dezember 2018 stellt Martin Hess Überlegungen zu Hannibal und seinem Netzwerk an, die im Protokoll nachzulesen sind: Könnte man die Vorbereitungen auf Worst-Case-Szenarien nicht als theoretische Überlegungen von Fachleuten bewerten, fragt er dort,



„also im Sinne einer Übungsannahme“? Ähnlich hatte auch Hannibal argumentiert, als ihn das Bundeskriminalamt befragte zum Tag X, zu den Safe-Häusern und Munitionslagern, über die in den Chats und bei Treffen gesprochen worden war: Alles nur ein Gedankenspiel, alles harmlos.

Auszüge aus dem Protokoll eben jener Innenausschusssitzung zeigen, wie schwer es für die Ermittler und sogar für die Nachrichtendienste ist, Gebilde wie Uniter und das Schattennetzwerk zu untersuchen und zu bewerten. Ja, überhaupt zu definieren.

Christoph Schäfer, Leiter der Gruppe für gewaltorientierten Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus im Bundesamt für Verfassungsschutz, teilt mit: Bereits seit 2016 habe man sich den Chatgruppen in Norddeutschland „mit vollem“ nachrichtendienstlichen Mitteleinsatz gewidmet und rechtsextreme Bezüge gefunden. Franco A. und sein Umfeld: rechtsextrem. Aber ein konspiratives Netzwerk mit dem Zweck, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu gefährden?

Die Vertreterin des Generalbundesanwalts, Cornelia Zacharias sagt laut Protokoll: „Also das soll jetzt nicht heißen, dass wir mit der Geschichte Gruppe Süd, Verbindung Franco A., eventuell auch noch Uniter, dass kann sich alles noch ergeben, am Ende sind. Also da bitte ich das Ermittlungsergebnis noch abzuwarten.“

Später sagt Konstantin von Notz, Abgeordneter der Grünen: Ermittlungsverfahren seien ja das eine, um jedoch einschätzen zu können, mit was sie es eigentlich zu tun hätten, wäre es ja schon wichtig, zu erfahren, wie viele Personen in dem Netzwerk von der Polizei kämen, wie viele aus der Bundeswehr, wie viele aus der Justiz. „Das ist doch eine megarelevante Frage. Eine megarelevante Frage!“

Daraufhin antwortet Zacharias: „Ich kann es doch noch gar nicht abschließend bewerten, wenn die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.“

Für die Bundesanwaltschaft ist ein Netzwerk keine relevante Kategorie, sie sucht nach Straftaten, nach Tätern. Die Ermittler, die Staatsschützer und die Politiker blicken auf einen Verein, der sich in Grauzonen bewegt, vielleicht ja tatsächlich nicht mit echten Waffen für Kriegsszenarien trainiert. Oder nur in einem fernen Land, das deutsche Sicherheitsfragen nicht direkt berührt.

Bislang sind keine Opfer dieses Netzwerkes bekannt. Aber Uniter will wachsen, an Einfluss gewinnen. Kann dann ein Verfassungsschutz eine Vereinigung als gefährlich bewerten, wenn einer seiner Mitarbeiter sie überhaupt erst ins Leben gerufen hat? Wer soll klar sehen, wenn in so vielen der beteiligten Institutionen jemand sitzt, der eine private Beziehung ins Netzwerk hat?

## **Söldner**

Am 8. Februar 2019 erscheint auf der Webseite von Uniter ein Text. Der Verein, heißt es da, wolle ein Qualitätssiegel für die Sicherheitsbranche sein und mit seinem Ethik-Kodex weltweit Maßstäbe setzen. „Insbesondere im Ausland tätige Firmen haben erkannt, dass es von Vorteil ist, das eigene Sicherheitspersonal regelmäßig fortzubilden.“

Am 13. Februar schreibt eine Sicherheitsfirma auf Facebook über einen Besuch in der deutschen Botschaft in Guinea und über ihr „zukünftiges Arbeitsumfeld“. Auch Firmen wie diese können bei Uniter Mitglied sein. Es ist eine Sicherheitsfirma, die zwei ehemalige Fallschirmjäger im Sommer 2018 gegründet haben. Der Geschäftsführer arbeitete zuletzt bei der Bundespolizei und hat dort ein Uniter-Patch auf seiner Uniform getragen. Das Unternehmen sucht derzeit Personal für Einsätze in Afrika und den Mittleren Osten. „Vorzugsweise ehemalige Soldaten und Polizisten aus Kampf- und Sondereinheiten mit Einsatzerfahrung.“

Im Sommer 2019, so ist aus dem Netzwerk zu hören, wollen Uniter-Mitglieder wieder auf die Philippinen reisen. Um sich einem Autokraten anzudienen, dem Menschenrechte egal sind.

Ein ehemaliger SEK-Polizist aus dem Umfeld des Vereins sagt uns: Uniter würde gern eine Art Blackwater bilden. Blackwater, die berühmte Söldnerfirma aus den USA. „Aber das gibt der deutsche Markt nicht her, und es ist auch nicht erwünscht.“

Ein Ex-Vereinsmitglied sagt uns: Er wisse nicht, mit welchem Status Uniter-Mitglieder in philippinischen Krisengebieten herumlaufen wollen: „Sind die dann im Zweifel ausländische Kämpfer, also Söldner?“

Am 11. März, einen Tag nachdem wir die Verfassungsschutzverbindung zu Uniter aufgedeckt haben, wird im Vereinsregister in Stuttgart ein neuer Vorstand eingetragen. An der Spitze stehen jetzt zwei Männer, die in der Schweiz leben. Der Verein wird nun von dort aus dirigiert.

TAZ vom 17./18.11.2018

## Das Netz

Ein Elitesoldat der Bundeswehr bereitet sich darauf vor, dass der Staat versagt. Er nennt sich „Hannibal“ und bildet mit anderen Soldaten und Polizisten Gruppen, die sich auf den „Tag X“ vorbereiten. Sie planen, Andersdenkende zu töten. Recherchen der taz geben Einblick in das Untergrundnetzwerk

Am 13. September 2017, einem Mittwoch, bekommt André S. in Sindelfingen Besuch vom Geheimdienst der Bundeswehr. Mal wieder. S. ist Soldat beim Kommando Spezialkräfte in Baden-Württemberg. Er gehört zu den am besten ausgebildeten Soldaten der Bundeswehr, ein Elitekämpfer. Der Mann, der ihn besucht, ist ein Oberstleutnant des Militärischen Abschirmdienstes. Er ist gekommen, um S. über rechtsextreme Tendenzen in seiner Kompanie zu befragen.

Für S. ist das kein ungewöhnlicher Termin. Seit Längerem schon trifft er sich regelmäßig mit dem MAD. Die Aufgabe des Nachrichtendienstes der Bundeswehr ist es, extremistische Entwicklungen innerhalb der Armee zu erkennen und zu verhindern. Der MAD nennt S. eine „Auskunftsperson“.

An diesem Tag im September bekommt S. für seine Auskünfte offenbar etwas zurück: Der MAD-Mann berichtet ihm wohl von Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen ein geheimes Netzwerk von Männern, die geplant haben sollen, Politiker und Aktivisten aus dem linken Spektrum zu töten. Die Bundesanwaltschaft sieht darin die Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Gewalttat – Terror also.

Von den Razzien, die es kurz zuvor in Norddeutschland gegeben hat, weiß André S. zu diesem Zeitpunkt bereits. An diesem 13. September soll er aber erfahren haben, dass weitere Durchsuchungen und Befragungen kurz bevorstehen. So steht es in einer Anklageschrift des Amtsgerichts Köln, das zurzeit einen Prozess gegen den MAD-Mitarbeiter wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses führt.

Denn: André S. soll dadurch gewarnt worden sein. Und S. ist niemand Geringeres als der Kopf eines bundesweiten Netzwerks, das im Zentrum weitreichender Ermittlungen steht. Sein Deckname ist Hannibal.

Seit einem Jahr recherchiert ein Team der taz zu der Frage: Gibt es ein rechtes Untergrundnetzwerk in Deutschland, in dem sich Regierungsgegner vernetzen, radikalisieren und gezielt auf bewaffnete Kämpfe vorbereiten? Gibt es ein Netzwerk, das hineinreicht in deutsche Behörden, in Verfassungsschutzämter und bis in die oberen Etagen der Bundeswehr?

Dabei stießen wir auf Prepper, die sich mit eingewecktem Gemüse versorgten, recherchierten zu Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, deren Beamte zunächst glaubten, Rechtsterroristen in Norddeutschland gefunden zu haben. Wir lasen geheime Telegram-Chats und redeten mit Männern, die zwar bei rechtsextremen Verlagen Bücher bestellten, aber ihre völkische Gesinnung nicht für bedenklich hielten.

Als wir im Dezember 2017 den ersten größeren Text über das „Kommando Heimatschutz“ veröffentlichten, wussten wir noch nicht, wer sich hinter dem Pseudonym Hannibal verbarg. Hannibal, sagte uns jemand, sei der Administrator eines bundesweiten Chatnetzwerks sogenannter Prepper. Wir fragten uns damals: Ist es denkbar, dass Hannibal Mitglied der Bundeswehr ist und direkt aus der Bundeswehr heraus ein Untergrundnetzwerk mitaufgebaut hat?

Heute kennen wir Hannibals vollen Namen. André S., geboren 1985 in Halle an der Saale, ist Mitglied des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw. Er ist Gründer und Vorsitzender eines Vereins mit Postadresse in Dormagen, Nordrhein-Westfalen, in dem sich Elitekämpfer organisieren. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes kürzen wir seinen Nachnamen ab.

Nach einem Jahr fügt sich aus unseren Recherchen ein Bild, das keinen anderen Schluss zulässt: Überall in Deutschland, auch in Österreich und der Schweiz, haben sich Gruppen formiert, die daran arbeiten, einen eigenen Staat im Staate aufzubauen. Mitglieder in diesen Gruppen sind Polizisten und Soldaten, Reservisten, Beamte und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die unter konspirativen Bedingungen einen Plan hegen: Wenn sie die Zeichen sehen, wenn „Tag X“ da ist, wollen sie zu den Waffen greifen.

Manche ihrer Pläne sind erschreckend konkret. Der Focus schreibt von einer „Untergrundarmee“. Wie ein Netz sind die Gruppen miteinander verbunden. Unsere Recherchen ergeben, dass die einzelnen Fäden immer wieder zu einer Person führen: Hannibal.

Wer ist dieser Hannibal? Wie kann es sein, dass administriert vom Gelände der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw bundesweit extremistische Zellen entstehen? Und wie kann es sein, dass der MAD Hannibal sogar noch warnt?

## **NORD**

Ende August 2017. Der Generalbundesanwalt lässt in Mecklenburg-Vorpommern Wohnhäuser und Büros durchsuchen. Unter anderem von einem Anwalt und einem Kriminalpolizisten. Der Vorwurf: Sie sollen sich verabredet haben, an einem „Tag X“ Politiker und Menschen aus dem linken Spektrum festzusetzen oder zu liquidieren. Die Ermittlungen dauern an.

Das Besondere damals ist: Die Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft misstrauen den Staatsdienern im Norden. Landespolizisten werden nicht einbezogen. Selbst der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns wird erst unmittelbar vor den Razzien informiert. Denn der verdächtige Anwalt und der Polizist agierten nicht allein. Sie weihten in ihre Pläne unter anderem einen SEK-Polizisten und einen ehemaligen Soldaten ein, der damals noch einer Reservistenkompanie vorstand, die sich auf einen Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg vorbereitete.

Diese Männer sind Teil einer größeren Gruppe, die sich auf Katastrophen vorbereitet, Stromausfälle, Stürme und Nahrungsmittelknappheit, auf Momente, in denen der Staat seine Bürger nicht mehr versorgen kann. Sie organisieren sich in mehreren Chatgruppen in Norddeutschland. Eine von ihnen heißt Nordkreuz, eine heißt Nord.Com, mal geht es darin um Impfstoffknappheit, mal um Truppenbewegungen in Osteuropa.

Eine dritte Gruppe heißt Nord. Es ist Hannibal, der diese Gruppe mit vertraulichen Informationen und Lagebildern aus dem Inneren der Bundeswehr versorgt. In der Gruppe erzeugen seine Nachrichten das Gefühl, zu einem inneren Zirkel zu gehören, der einen Wissensvorsprung hat. Es ist auch kein Zufall, dass diese Gruppen im Herbst 2015 entstehen, denn es geht auch um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – und wie man sich dagegen wehren kann.

An einem Abend Anfang 2017 treffen sich vier Männer, darunter der beschuldigte Polizist sowie ein weiterer und der Reservist bei einem Stehimbiss an einer Landstraße nahe Schwerin. Sie sprechen über Lagerhallen, in denen sie am „Tag X“ ihre politischen Gegner internieren wollen. Könnte der Kompaniechef der Reservisten im Ernstfall dafür nicht Lastwagen der Bundeswehr organisieren? Ließen sich so auch mögliche Straßenkontrollen überwinden? Sie reden auch über Erschießungen. Im Laufe des Gesprächs soll auch das Wort „Endlösung“ gefallen sein. Das sagen Menschen, die mit den Vorgängen betraut sind, der taz.

Sie erzählen auch: Der beschuldigte Anwalt hatte bei Geburtstagsfeiern hinter seinem Haus ein Wettschießen veranstaltet und einen Wanderpokal dafür ausgelobt – benannt nach Mehmet Turgut, einem Mann, den die rechtsextremistische Terrorzelle NSU im Jahr 2004 erschossen haben soll. In Rostock. Sein Mord ist bis heute nicht aufgeklärt.

Aus Ermittlungsunterlagen, die der taz vorliegen, geht hervor, dass Mitglieder dieser Nord-Gruppe bereits Depots mit Treibstoff, Nahrungsmitteln und Munition angelegt haben sollen. Jeder von ihnen zahlte dafür etwa 600 Euro in eine gemeinsame Kasse. Jenseits der Chatgruppe gab es noch weitere Unterstützer – etwa den Betreiber eines Schießstandes Nahe Rostock. Er verließ zwar den Chat, verkaufte den Mitgliedern aber weiterhin Waffen. Oder ein Ausbilder am Fliegerhorst der Bundeswehr in Laage, wo Eurofighter stationiert sind. Er lud seine Freunde nach Dienstschluss in den Sicherheitsbereich. Dort durften sie im Flugsimulator den Eurofighter fliegen.

Nach den Razzien vom August 2017 war der Aufklärungswille des zuständigen Innenministers, Lorenz Caffier (CDU), überschaubar. Er richtete eine sogenannte Prepper-Kommission ein. Befund bislang: Es gibt kein Problem. Einen Bericht hat die Kommission ein Jahr später noch nicht vorgelegt.

## **SÜD**

Es gab aber in dem Chatnetzwerk nicht nur die Nord-Gruppe. Es gab: Ost, West, Süd – organisiert entlang der geografischen Aufteilung der Wehrbereichsverwaltung. Außerdem: Österreich und die Schweiz. Auch in Süd, der größten und aktivsten Gruppe, war Hannibal der Administrator.

Das ist die Gruppe, in der der frühere Bundeswehrsoldat Franco A. Mitglied war. Das Auffliegen Franco A.s war einer der größten Bundeswehrskandale der letzten Jahre. Ein Soldat, der mutmaßlich



rechtsextreme Terroranschläge geplant hat – und niemand, nicht seine Vorgesetzten, nicht der MAD, wollten etwas bemerkt haben?

Franco A. war nicht nur passiv Mitglied in der Süd-Gruppe. Einmal war er bei Hannibal zu Hause, einmal nahm er mit Hannibal an einem Treffen in Albstadt teil, bei dem die Handys im Auto gelassen wurden. Es war ein Treffen in einem Schützenverein.

Franco A. warb auch neue Mitglieder für die Süd-Gruppe. Zum Beispiel einen Händler von Waffenteilen, bei dem A. zuvor Zubehör gekauft hatte, als Barkauf, damit sein Name nicht auf der Rechnung auftauchte. Dem Händler hatte A. auch gesagt, bei der Süd-Gruppe handele es sich um eine besondere Gruppe innerhalb der Bundeswehr.

Als Hannibal erfährt, was Franco A. vorgeworfen wird, gibt er umgehend Anweisung, alle Chats zu löschen: Nord, Süd, West, Ost. Es hätte kein gutes Licht auf die Richter, Beamten und Soldaten in den Chatgruppen geworfen, wird er später sagen, wenn man sie mit Franco A. in Verbindung brächte.

Weil Franco A. auffliegt, ermittelt die Bundesanwaltschaft. Jetzt gerät das Netzwerk unter Druck. Wie schon in Norddeutschland legen sie auch in der Süd-Gruppe sichere Treffpunkte und Unterkünfte fest, in denen sich die Mitglieder am „Tag X“ treffen können.

Bei der Vernehmung wollen die Ermittler von Hannibal wissen, wie viele solcher „Safe-Häuser“ es in Deutschland gebe – und wo diese sich befinden. André S. antwortet: überall. Sogar das Autohaus seiner Eltern hatte er im Chat als solches vorgeschlagen.

Es ist bisher noch unklar, was diese „Safe-Häuser“ genau ausmacht. Den Ermittlungsbehörden bereiten diese Orte Kopfzerbrechen. Es gibt sie in Nürnberg und Ulm, in Lenggries und Bad Tölz und auch die Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw, wo das KSK stationiert ist, wurde in der Chatgruppe Süd als ein solcher Ort definiert – vorausgesetzt allerdings, man habe im Krisenfall die Kaserne bereits erfolgreich übernommen.

Franco A.s Verhaftung führt schließlich dazu, dass deutschlandweit Bundeswehrrkasernen nach NS-Devotionalien durchsucht und Soldaten auf ihre Gesinnung überprüft werden. Das Verteidigungsministerium will aufräumen, Soldaten wie Franco A. sollen künftig schneller auffallen. Rechtsextreme Kameraden sollen die Bundeswehr verlassen.

Hannibal bleibt.

## **KSK**

Der Deckname Hannibal und der bürgerliche Name André S. kursieren im vergangenen Jahr unter Sicherheitspolitikern im Bundestag. Ihnen gegenüber muss der MAD zugeben, dass er Hannibal schon lange kennt, der scheinbar so bereitwillig Auskunft gibt. Und obwohl auch dort bekannt wird, dass die Nord-Chatgruppe Äquivalente in anderen Landesteilen hat, heißt es: Menschen, die Konservendosen horten, sind doch harmlos.

Dabei möchte der MAD von Hannibal auch wissen: Was weiß er über diese Abschiedsfeier, die einen Gerichtsprozess nach sich zog?

Frühjahr 2017, auf einem Schießstand nahe Stuttgart feiert ein Kompaniechef des KSK seinen Abschied. Seine Soldaten lassen ihn einen Parcours absolvieren, lassen ihn Bogen schießen und Köpfe von Schweinen werfen. Als Belohnung haben sie eine Frau eingeladen, mit der er Sex haben soll. Es kommt nicht dazu, sagt die Frau später aus. Der Kompaniechef sei zu betrunken gewesen.

Sie erzählt auch, dass auf der Feier Musik der rechtsextremen Band Sturmwehr gespielt worden sei. Der Kompaniechef und andere hätten dann den Hitlergruß gezeigt.

Auf Anfrage der taz möchte der Militärische Abschirmdienst nicht mitteilen, ob ihre Auskunftsperson Hannibal an jenem Abend mitgefeiert hat. Der MAD hat ein Interesse daran, Hannibal zu schützen.

Im KSK hat der MAD fast keine Quellen, der Kontakt zu Hannibal ist wertvoll. Das Kommando, das streng abgeschirmt operiert, pflegt ein Eigenleben. Im Jahr 2004 war der berüchtigte KSK-Kommandeur Reinhard Günzel ohne Dank entlassen worden, nachdem er die antisemitische Rede des heutigen AfD-Abgeordneten Martin Hohmann in einem Bundeswehrrschreiben gelobt hatte. Später wurde Günzel zum Helden im rechtsextremen Milieu.

## **Uniter**

Im September fragen wir das Bundesverteidigungsministerium nach Uniter. Ein Verein, den Hannibal vor Jahren gegründet hat, in dem sich ehemalige und aktive Mitglieder von Spezialeinheiten vernetzen. Ein

Sprecher des Ministeriums antwortet schriftlich: Das Ministerium verfüge über keine weiteren Kenntnisse zu Uniter als die „öffentlich zugänglichen“. Zu diesem Zeitpunkt war Hannibal bereits Auskunftsperson des MAD. Der MAD ist direkt dem Ministerium unterstellt.

Die Bundesregierung muss natürlich keine Informationen an die Presse geben, die sie aus nachrichtendienstlicher Aufklärung hat. Sie muss aber auch nicht lügen.

Uns interessiert in unserer Anfrage auch: Nutzt Uniter Liegenschaften der Bundeswehr? Üben die Vereinsmitglieder mit Bundeswehreigentum? „Es liegen hierzu keine Informationen vor“, schreibt das Ministerium. Weiß denn das Ministerium etwas darüber, dass sich KSK-Soldaten als Prepper weiterbilden? „Keine Erkenntnisse.“

Als wir schließlich den bürgerlichen Namen von Hannibal kennen und André S. selbst im April 2018 per Mail kontaktieren, erhalten wir 23 Minuten später eine Antwort. Er schreibt: „Prinzipiell schreiben und kommunizieren wir nicht mit der Presse, da die Masse der Mitglieder der Geheimhaltung unterstehen und jegliche Verbindungen das Leben von Mitgliedern und deren Familien beeinträchtigen könnte.“ Weiter heißt es: „Sollten weitere Fragen und Bedrängungsversuche von ihrer Seite aus kommen, müssen wir den Militärischen Abschirmdienst etc. informieren.“

Uniter also, ein Verein, dessen Gründer ein bundesweites Chatnetzwerk mit vertraulichen Informationen aus deutschen Behörden belieferte; der den unter Terrorismusverdacht verhafteten Soldaten Franco A. in seiner Chatgruppe hatte; und der auch diejenige Chat-Gruppe in Norddeutschland administrierte, deren Mitglieder an einem „Tag X“ mit Bundeswehrlastwagen politische Gegner in Lager fahren wollten – dieser Verein also möchte im Falle von Presseanfragen den Militärischen Abschirmdienst informieren.

Natürlich interessiert uns daher, worum es sich bei Uniter handelt. Uniter, das bedeutet, auf Latein: „In Eins verbunden“. Der Verein möchte die Elite der deutschen Bundeswehr vernetzen.

Dafür gibt es auch gute Gründe: Oft scheiden KSK-Soldaten im Alter von 35 Jahren aus dem Verband aus, die Auslandseinsätze entfallen – und damit Auslandsbezüge und Gefahrenzulagen der Soldaten. Plötzlich ist weniger Geld auf dem Konto. Uniter könnte da eine Hilfe sein. In dem Netzwerk sollen sich aktuelle und ehemalige Soldaten gegenseitig unterstützen. Viele von ihnen haben Sicherheitsfirmen oder Kampfsportschulen gegründet, andere sind weiter beim Militär. Im Online-Shop werden Krawatten, Manschettenknöpfe und Siegelringe mit dem Uniter-Emblem verkauft: Schwert und Kreuz, umfasst von einem Eichenkranz.

Auf Facebook lädt Uniter ein zu einem Marsch auf eine Burgruine in Baden-Württemberg, um Veteranen zu gedenken. Ein anderes Mal treffen sich Uniter-Mitglieder in einer Bundeswehrkaserne bei Berlin. Hier gibt sich der Verein offen für Interessierte. Eine Gruppe lädt die taz schließlich ein.

Es ist ein Samstagmorgen im September dieses Jahres. In einer Kampfsporthalle in Berlin-Köpenick erklärt ein Trainer, Messerkampf brauche viel Übung, Jahre, es sei eine der gefährlichsten Disziplinen. Die Männer, ein Sicherheitsmitarbeiter vom Flughafen, ein Personenschützer und ein Polizeiausbilder, ahmen die Bewegungen des Russen nach. Sie wollen vorbereitet sein.

Also üben sie mit Kunststoffmessern, wie es wohl wäre, jemandem die Klinge durch die Kehle zu ziehen? „Um jemanden mit dem Messer zu töten, muss man ihn am Oberschenkel treffen, dann in den Bauch, dann in den Hals.“ So erklärt es der Trainer auf russisch. Einer muss übersetzen. Das klingt dann so: „Schneiden, schneiden, schneiden.“

Auch Uniter ist, wie die Chatgruppen, in die Distrikte Nord, Süd, Ost und West gegliedert. Auch hier gibt es Ableger in Österreich und der Schweiz. Auch hier kennen sich viele Mitglieder nicht über ihre eigenen Distrikte hinaus. Einer der Distriktleiter-Ost ist ein Polizeiausbilder. Uniter hat auch schon mal Spenden für Obdachlose gesammelt, der Verein ist wiederum Teil eines Ritterordens. Mehrere Mitglieder sind auch Freimaurer. Ungefragt erklärt der Polizistenausbilder im Gespräch mit der taz: Jedes neue Mitglied werde überprüft, Extremismus nicht geduldet. So steht es auch in der Satzung des Vereins.

Franco A. hatte seinem Waffenhändler Uniter empfohlen. Der Verein dementiert, dass A. formal Mitglied gewesen war.

## **Hannibal**

Der MAD interessiert sich für Uniter, will ein Gefühl für die Vereinigung bekommen, lässt sich von Hannibal erzählen, was er da so macht. Hannibals Gesinnung ist dagegen nie Gegenstand einer MAD-Überprüfung.

Als die Ermittler des BKA André S. im vergangenen Jahr befragen, worauf er und die anderen Prepper sich den vorbereiteten, sagt er: Es gehe in diesen Chats nur um Planspiele. Und er wird sagen, eine gesunde Vorbereitung mache ja heutzutage jeder, der im Staatsdienst arbeite.

Alles nur ein Spiel? Im Süd-Chat hatte Hannibal vor Jahren geschrieben, dass sich das Autohaus seiner Eltern als Safe-Haus eigne. Bei einer Durchsuchung finden die Ermittler in deren Wohnhaus eine Kiste mit Übungsgranaten aus den Beständen der Bundeswehr und Zunder. Was er dazu sagen könne, fragen sie Hannibal im September 2017 und weisen darauf hin, dass er sich nicht selbst beschuldigen muss. Hannibal sagt, er wolle darauf nicht antworten.

Zwei Wochen später, Anfang Oktober 2017, wird der MAD-Oberstleutnant Peter W., Kontaktmann Hannibals, von der Wehrdisziplinar-Anwaltschaft befragt. Sie werfen ihm vor, Interna verraten zu haben. Peter W. fungiert beim MAD als Ansprechpartner für Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt. Die Staatsanwaltschaft Köln hat Anklage gegen ihn erhoben.

Der Generalbundesanwalt führt Hannibal nicht als Beschuldigten. Das KSK hat er inzwischen verlassen.

Als an diesem Freitag der Chef des Militärischen Abschirmdienstes, Christof Gramm, im Bundestag befragt wird, sagt er: „Wir haben keine gewaltbereiten Rechtsextremisten festgestellt.“ Und: „Eine Vernetzung von gewaltbereiten Extremisten innerhalb der Bundeswehr findet daher auch nach unserer Wahrnehmung nicht statt.“

TAZ vom 22./23.12.2018

## **Hannibals Verein**

Viele Polizisten und Soldaten, die sich in rechtsextremen Chatgruppen austauschten, sind auch im Verein Uniter organisiert. Nach außen gibt er sich karitativ. Aber taz-Recherchen zeigen: Eine Gruppe um André S. alias Hannibal versucht, in dem Verein eine Kampfeinheit nach militärischem Vorbild aufzubauen, die „Defence“

An einem Wochenende im Juni 2018 bezieht ein Mann namens André S. Zimmer 123 im ersten Obergeschoss des Gebäudes 13 auf einem alten Kasernengelände im badischen Mosbach. Draußen türmen sich Schuttberge, abgebrannte Autos stehen zwischen Betonbrocken, drumherum Ruinen, und das soll so. Auf diesem Gelände können sich Gruppen von Rettungssanitätern, des Technischen Hilfswerks oder Polizeistaffeln auf besondere Einsatzlagen vorbereiten. Die Szenarien: Erdbeben, Attentate, Amok. Auch André S. ist mit 24 anderen Männern aus ganz Deutschland angereist, um hier zu trainieren.

Der Gastgeber, der Bundesverband Rettungshunde, weiß damals im Sommer noch nicht, dass es sich bei dieser Gruppe um Mitglieder von Uniter e. V. handelt, einem Verein, der unter anderem Elite-Soldaten, Polizisten aus verschiedenen Bundesländern und Personenschützer miteinander vernetzt. Ein Privatunternehmen hat den Platz gebucht. Offiziell, um Ersthelfer zu trainieren, Verwundete nach einem Bombenattentat zu versorgen, sie aus Straßenbahntrümmern zu bergen. Was der Gastgeber auch nicht weiß: Unter den 25 Teilnehmern sind eine Handvoll Männer, die gekommen sind, um mit Waffen zu trainieren. Sie bezeichnen sich als Defence. Ihr Ausbilder: André S., ein früherer Soldat des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr. Auch bekannt als Hannibal.

Am 17. November veröffentlichten wir in der taz einen Text unter dem Titel „Hannibals Schattenarmee“, in dem wir beschrieben, dass S. alias Hannibal daran arbeitet, ein Netzwerk aufzubauen, in dem sich Soldaten, Polizisten, Behördenvertreter vernetzen, die befürchten, dass der Staat im Falle einer Katastrophe die öffentliche Ordnung nicht aufrechterhalten kann. Sie organisierten sich in Chatgruppen, die es heute nicht mehr gibt, bei persönlichen Treffen, mithilfe des Vereins Uniter. In diesen Gruppen, so schrieben wir damals, finden auch Rechtsextremisten ihren Platz. Darunter drei Männer, denen die Bundesanwaltschaft vorwirft, dass sie die Tötung von Politikern, Aktivisten, Menschen aus dem sogenannten linken Spektrum planten. Es geht um Terror.

Nach unserer Veröffentlichung laden der Verteidigungs- und der Innenausschuss im Bundestag Vertreter der deutschen Nachrichtendienste vor und fragen die Bundesanwaltschaft, was sie über das Netzwerk wissen. Das Parlamentarische Kontrollgremium, das für die Kontrolle der Nachrichtendienste zuständig ist, lässt sich Akten liefern, will wissen, warum weder der Militärische Abschirmdienst noch

der Verfassungsschutz früher eingegriffen haben. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel wird im Plenum des Bundestags befragt. Im politischen Berlin hat die Aufklärung begonnen.

Wir wollen in der Zwischenzeit einem Strang der Geschichte genauer nachgehen und die Rolle des Vereins Uniter klären, denn über diesen ist den Sicherheitsbehörden bisher wenig bekannt. Die Bundesanwaltschaft hat zwar einen Prüfvorgang angelegt, musste aber kürzlich im Bundestag zugeben, dass sie nicht genau weiß, wer dort Mitglied ist. Der MAD gibt an, nicht für Organisationen zuständig zu sein, sondern nur für einzelne Soldaten.

In offiziellen Stellungnahmen bestreitet Uniter, dass es eine Verbindung zwischen dem Verein und den Chatgruppen gibt. Unsere Recherchen aber belegen: André S., Mitgründer, Vorstandsmitglied und Kopf von Uniter, war unter seinem Pseudonym Hannibal auch derjenige, der die Mitglieder der Chatgruppen mit vermeintlichen Lagebildern aus dem Innern der Bundeswehr versorgt hat. So berichten es mehrere frühere Chat-Mitglieder und so gab es André S. selbst in einer BKA-Vernehmung zu.

Aber Hannibal ist nicht der Einzige. Heute wissen wir, dass mindestens ein Dutzend der früheren Chat-Mitglieder auch bei Uniter aktiv ist oder war: aktuelle oder ehemalige Elitesoldaten, viele vom KSK, aktuelle oder ehemalige Polizisten. Das geht aus Mitgliederlisten des Vereins hervor, die der taz vorliegen, aus Ermittlungsunterlagen und anderen Quellen. Was in den Gesprächen mit Beteiligten oft auffällt: Sie unterscheiden nicht zwischen den Uniter-Strukturen und den Chatgruppen; für sie ist beides eins.

Bei Uniter ist in diesen Wochen viel los. Uniter, das ist ein Verein, den André S. 2012 in Halle gegründet hat und bis heute führt. Seine Juristen verschicken Briefe, um gegen die Berichterstattung vorzugehen. Ein Mitglied verlangt von den anderen, in sozialen Medien keine Fotos mehr zu posten, auf denen das Uniter-Logo zusammen mit Waffen oder „martialischen Darstellungen“ auftaucht. Und ein weiterer Aufruf dringt aus Vereinskreisen zu uns: Wer Verräter identifiziert, die mit Außenstehenden sprechen, dem wird eine Belohnung versprochen. 5.000 Euro heißt es zunächst, später hören wir von der doppelten Summe.

Uniter ist gerade bemüht, seine karitative Seite zu präsentieren. Sie starten eine Weihnachtsaktion für Hilfsbedürftige. Und als am 19. Dezember 2018 Menschen am Berliner Breitscheidplatz der Opfer gedenken, zwei Jahre nach dem Terroranschlag, legt eine Delegation des Vereins einen Kranz nieder. Das Uniter-Logo, Kreuz und Schwert, umrankt von Eichenlaub, ist auf die Schleife gedruckt, „in stiller Trauer“.

Nach zahlreichen Gesprächen mit aktiven und ehemaligen Vereinsmitgliedern und mithilfe interner Vereinsunterlagen können wir erstmals zeigen: Neben den karitativen Einsätzen wird bei Uniter daran gearbeitet, eine Kampfeinheit aufzubauen – die „Defence“.

## Die Mitglieder

Anruf bei einem Vorstandsmitglied. Der Mann handelt mit Immobilien, er ist spezialisiert auf Hotels. Bis vor Kurzem noch wurde sein Name auf der Website des Vereins als Ansprechpartner genannt. Wir sagen am Telefon, dass wir gerne über Uniter sprechen würden. Er antwortet: „Da kann ich Ihnen nicht viel sagen.“ Wir fragen: „Sind Sie nicht mehr Mitglied?“ Antwort: „Wenn ich das wüsste.“

Ähnliches wiederholt sich bei dem früheren Mitarbeiter eines CDU-Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg, der inzwischen promoviert. Auch er ist als Vorstand eingetragen, bis heute, trotzdem sagt er: „Ich durchschaue das nicht mehr, ich will nicht dafür haftbar gemacht werden.“ Er legt uns ein Schreiben vor, aus dem hervorgeht, dass er bereits im Frühjahr 2017 ausgetreten ist.

Der Verein möchte auf Anfrage nicht mitteilen, wer derzeit den Vorstand bildet.

Die meisten aktuellen oder ehemaligen Mitglieder sind erst dann bereit, mit uns zu sprechen, wenn wir zusichern: Niemand erfährt, dass das Gespräch stattgefunden hat. Für mindestens eine Handvoll Mitglieder führt die Mitgliedschaft zu Hausdurchsuchungen und Ermittlungen des BKA – auch bei Mitgliedern, die in Uniter nur die Kameradschaft suchten, die sie aus ihren früheren Berufen kannten.

Uniter e. V., eingetragen unter der Nummer 3423 am Amtsgericht in Stendal, wurde 2012 auch gegründet, um Soldaten des Kommandos Spezialkräfte, einer Eliteeinheit der Bundeswehr, die im baden-württembergischen Calw stationiert ist, versichern zu können. Denn das ist schwierig für eine Berufsgruppe mit einem so hohen Berufsrisiko. André S. berät sich mit einem Versicherungsfachmann, den er aus seiner Freimaurer-Loge in Halle kennt. Der schlägt vor, einen Verein zu gründen und darüber die Versicherung abzuwickeln. So entsteht Uniter das erste Mal.

Dann beginnt der Ärger. Weil einer aus der Gründungsgruppe früher bei der Stasi war, zerstreitet sich das Gründungsteam.

André S. macht trotzdem weiter. Er spricht von einer Akademie, gründet mit seiner Frau eine Firma, die medizinische Trainings anbieten soll, plant, Kaffee zu verkaufen. Er möchte Geld verdienen. Es ist das Jahr 2015, die Zeit, in der die Zahl der Geflüchteten in Deutschland steigt und S. auch Chatgruppen im Messenger Telegram gründet. Darin sollen sich Prepper austauschen; Prepper, der Begriff kommt vom englischen „to prepare“, das sind Menschen, die Vorräte anlegen, um sich auf einen „Tag X“ vorzubereiten. Den Tag der Katastrophe. Die wollen sie überleben.

S. warnt in diesen Chats vor den Russen auf der Krim, islamistischen Terroranschlägen und den vielen Flüchtlingen. In einer geschäftlichen E-Mail schreibt er damals: „Da die Gewalt und die Gefahren deutlich zunehmen und auch bei uns vor der Haustür präsent sind“, liege sein Schwerpunkt gerade „auf Projekten wie Gated Communities etc.“.

In den Chatgruppen verabreden sie sichere Rückzugsorte, sogenannte Safe-Houses, also Orte, an denen sich Eingeweihte treffen, sollte die Ordnung zusammenbrechen; sie planen, wie sie sich immer weiter nach Süden durchschlagen wollen. André S. gliedert diese Chat-Gruppen so wie heute auch seinen Verein und nennt diese Untergruppen Distrikte: Nord, Süd, West, Ost, Österreich und Schweiz. Darin: aktive Soldaten und Reservisten, Kriminalpolizisten, SEK-Beamte, Anwälte, Feuerwehrleute.

In den Chats hatte es Platz gegeben für rechtsextreme Ideen. Im Nord-Chat waren Männer Mitglied, die geplant haben sollen, Politiker, Aktivisten, Menschen aus dem linken Spektrum am Tag X festzusetzen und zu töten. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen zwei Tatverdächtige dauern bis heute an. Im Süd-Chat war auch Franco A. Mitglied, der Bundeswehrsoldat, der sich mutmaßlich als syrischer Flüchtling ausgab und so Attentate geplant haben soll. Er soll Waffen besessen haben. Einmal soll er bei einem Uniter-Treffen gefragt haben, ob ihm ein Waffenteilhändler denn auch Waffen besorgen könne. Ein anderes Mal ist er bei André S. zu Hause. Als Franco A. im Frühjahr 2017 festgenommen wird, weist André S. an, die Chats zu schließen.

Im Sommer 2016 gründet André S. Uniter noch einmal neu, dieses Mal in Stuttgart, er sucht sich einen neuen Vorstand. Der alte Verein ist bis heute registriert. Wen wir auch fragen: Eine Erklärung hat dafür niemand.

S. hat Großes vor, sucht im Internet nach Investoren. „Unsere Investments starten bei 10 Millionen und reichen bis in den Milliardenbereich“, schreibt er auf LinkedIn und erzählt beispielsweise von einer Investition in eine PET-Recycling-Fabrik in den Emiraten in Höhe von 14,4 Millionen Euro. Davon hört man dann nichts mehr, wie von vielen seiner Ideen.

2017 wird der ganze Verein schließlich Mitglied in der Lazarus-Union, einer Organisation in Österreich, die mit Ritterorden verbandelt ist, neue Mitglieder in Umhänge hüllt und mit Schwertern segnet. Uniter wird immer diffuser, immer mysteriöser, Mitglieder können in sogenannte Grade aufsteigen, dafür müssen sie fechten lernen oder reiten; sie halten einander über Geheimbünde Vorträge. Es gibt ehemalige Mitglieder, die uns beschreiben, wie Neulinge mit Kapuzen über dem Kopf in Freimaurer-Tempel geführt wurden, von Ritualen im Fackelschein.

In allen Distrikten laden sie Neugierige zu Workshops ein, zum Beispiel zum Messerkampf. Immer geht es darum, sich als Einheit zu begreifen. Der Feind, das sind die anderen. Wir sind in eins verbunden. Uniter.

Vielen erscheint das seltsam, sie steigen aus. Unter ihnen kursiert heute ein Begriff: Sekte. Es bleibt ein harter Kern, der sich daran nicht stört.

### **Die Medical Response Unit**

Es ist am 17. Juni dieses Jahres, als etwa 20.000 Menschen das Fußball-WM-Spiel Deutschland-Mexiko auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg schauen. In orangefarbenen Sanitärjacken stehen an diesem Tag einige Männer am Rande und beobachten das Szenario.

Auf ihren Oberarmen: das Emblem von Uniter. Wenn etwas passiert, können sie helfen: falls sich betrunkene Fußballfans prügeln, falls der Kreislauf kollabiert.

Diese Männer gehören zur sogenannten Medical Response Unit von Uniter, kurz: MRU. Es ist ihr erster Auftrag.

Sie sind eigentlich auf andere Szenarien spezialisiert: Wie versorgt man Verwundete im Falle eines Attentats, wenn der oder die Täter noch um sich schießen? Wie birgt man Opfer aus einem Gefechtsfeuer?

Es ist ein Geschäftsfeld, so glauben sie bei Uniter, das sich besetzen ließe. Und Geschäfte sind wichtig, erst recht für André S., der das KSK inzwischen verlassen hat.



Nur wenige Tage nach dem Einsatz in Hamburg treffen sich die Männer in Mosbach, es ist ihr erstes richtiges Training als MRU. Es ist das Wochenende im Juni 2018, an dem André S. Zimmer 123 in Gebäude 13 bezieht.

Für das Abschlussfoto jenes Trainings posieren verummte Männer in militärischer Ausrüstung, manche in Fantasieuniformen, umgeben von Trümmern, auf einem Buswrack. Hinter ihnen steigen Rauchschwaden auf.

Die Mitglieder der MRU werden für August 2018 noch einmal auf einen Schießplatz bei Ulm eingeladen. Auf dem Programm steht: Schießen zu zweit, während zwei Medics einen Verwundeten versorgen. Oder auch: Der Medic schießt, während er den Verwundeten birgt. Das Training soll ein Ehemaliger des KSK anleiten. So jedenfalls stand es damals in der Einladung, die wir einsehen konnten.

Wir wissen heute: Ein leitender Mitarbeiter des Rüstungsunternehmens Diehl Defence ist Uniter-Mitglied und macht auf Facebook Werbung für den Verein. Während der Recherche erfahren wir, dass Uniter an einem Sicherheitskonzept gearbeitet haben soll, um Mitarbeiter der Firma für eine Reise nach Saudi-Arabien zu beraten.

### **Die private Wirtschaft**

Auf unsere Anfrage an Diehl Defence, ob das denn zutrefte, antwortet der Pressesprecher: Es gebe keine Zusammenarbeit mit Uniter. Auf die Rückfrage, ob es in der Vergangenheit eine Zusammenarbeit gegeben habe, kommt die gleiche Antwort nochmal.

Auch der Personenschützer des Deutschen Fußball-Bundes, der seit Jahren die Nationalmannschaft begleitet, war im Uniter-Verein aktiv. Seine Firma verweist in sozialen Medien auf Uniter. Er sei aber zügig wieder ausgetreten, sagt er.

Der ehemalige Sicherheitschef des Autovermieters Sixt ist im Verein aktiv. Im November hat sich das Unternehmen von ihm getrennt.

### **Die „Defence“**

Das entscheidende Training in Mosbach allerdings, das war ein Training von Uniter Kampfeinheit, der „Defence“. Davon erfahren die Betreiber des Übungsplatzes in Mosbach erst im Dezember 2018, im Zusammenhang mit den Recherchen der taz: Dass an jenem Wochenende Ende Juni 2018, als die Mitglieder der MRU von Uniter in Mosbach auf dem Gelände sind, auch eine andere Einheit auf ihrem Gelände trainiert. Es sind Mitglieder der sogenannten Defence-Einheit von Uniter. Die „Defence“, so hatten es uns mehrere ehemalige Mitglieder erzählt, sei nur ein Gedankenspiel von André S.

Bis sich jemand bei uns meldet und sagt: Es gibt die Defence. Er habe sie gesehen. Später erhalten wir ein Foto, darauf Männern in Camouflage, die hinter André S. stehen, bewaffnet.

Wir fragen mehrere Sachverständige, ob die verschiedenen Gewehre, die die Männer auf dem Foto tragen, auch Nachbildungen sein könnten. Einer sagt: „Das sind auf jeden Fall echte, scharfe Waffen.“ Ein anderer sagt, es könnten auch „sehr, sehr gute Airsofts sein“, hält es aber für sehr wahrscheinlich, dass es sich um scharfe Waffen handelt: eine Schmeisser AR15 vielleicht, eine andere eine G36 oder die zivile Variante SL8. Die Art, wie die Männer die Waffen halten, deutet auf einen professionellen Hintergrund hin. Wer sich genau hinter der Defence verbirgt und wie viele Mitglieder sie hat, konnten wir nicht abschließend klären.

Vor Ort überprüfen wir, ob das Foto auch wirklich in Mosbach entstanden sein kann – und finden die Stelle, an der André S. und seine „Defence“ posierten.

Der Verein teilt auf Anfrage mit, dass es sich bei dem Training um einen Selbstverteidigungskurs gehandelt habe. Dort seien Waffenattrappen eingesetzt worden.

Selbst wenn die Gewehre harmlose Nachbauten wären: Ohne ausdrückliche Genehmigung dürften auch Nachbildungen auf dem Trainingsgelände nicht getragen werden. Und die Uniter-Leute haben in Mosbach nicht einmal danach gefragt.

Die Frage, ob es eine Defence-Gruppe innerhalb von Uniter gibt und was sie ausmacht, ist eine zentrale Frage, wenn es um die Rolle und Bedeutung dieses Netzwerkes geht. Wozu braucht ein privater Verein, der organisiert ist wie eine Sekte, und dessen Mitglieder Zugang zu Waffen, Kasernen und sicherheitsrelevanten Bereichen haben, ein eigenes Verteidigungskommando? Und: Wenn der Verein eigene Kampftrainings anbietet und eine eigene Kampfeinheit unterhält – ist das dann nicht ein paramilitärischer Arm?

Als wir von einem leitenden Mitarbeiter des Trainingscenters in Mosbach, Jürgen Schart, wissen wollen, ob außer der MRU noch weitere Gruppen von Uniter im Juni bei ihm trainiert hatten, fragt er bei der Firma Opcon nach. Die bestätigt: Die Defence-Abteilung sei dabei gewesen und habe die verschiedenen Arten geübt, eine Waffe zu halten.

In einer Chat-Nachricht schreibt Schart an einen, der mit den Vorgängen betraut ist: „Das ist, wenn man es realdefinitiv betrachtet, der Beweis / Nachweis dafür, dass André S. [Name von der Redaktion abgekürzt] eine paramilitärische Ausbildung durchgeführt hat.“

Dieser antwortet: „Ja, so würde ich das auch betiteln.“

Vor diesem Hintergrund bekommt auch ein Facebook-Post eine neue Bedeutung, den Uniter am 21. Oktober 2018 auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht, sie verwenden darin dieses Wort: „Kommandopipeline“. Das ist ein Begriff, der im KSK bei der Bundeswehr benutzt wird und der die Ausbildung eines Kommandosoldaten meint. Das erste Training, heißt es in dem Post, hätten alle bestanden. Die Kommandoausbildung könne nun beginnen.

„Zu welchem Zweck“, fragt Jürgen Schart, „müssen Zivilisten eigene Kommandosoldaten ausbilden?“

Schart wendet sich schließlich ans Innenministerium in Baden-Württemberg und meldet den Vorgang. Auf Anfrage der taz heißt es von dort: Der Verein Uniter sei bereits im Zusammenhang mit Franco A. überprüft worden, es seien jedoch keine rechtsextremistischen Bezüge festgestellt worden. In informellen Gesprächen sind aus dem Innenministerium Sätze wie diese zu hören: Man könne doch nicht jeden Käse bewerten. In einem Brief an das Trainingscenter begrüßt es ein Mitarbeiter des Ministerium trotzdem ausdrücklich, dass die Leute in Mosbach die Zusammenarbeit mit Uniter aufgekündigt haben. Ab kommenden Jahr sollen dort auf dem Gelände Landespolizisten für Terroreinsätze trainieren.

Wir finden einen ehemaligen KSK-Soldaten, der angibt, André S. mitausgebildet zu haben. Er erzählt: André S. habe ihn einst für Uniter werben wollen – für einen „Pakt der Wölfe“. Dieser Pakt sollte den inneren Führungszirkel von Uniter darstellen. Was den Ex-Soldaten schon damals umtreibt: Wozu benötigt das Netzwerk eines zu diesem Zeitpunkt noch aktiven Soldaten eigene, militärische Strukturen?

Seitdem ist viel Zeit vergangen. Wer heute bei Uniter die Eignungsprüfung für die Kommandoausbildung besteht, erhält ein Abzeichen. Darauf zu sehen: ein Wolf, der seine Zähne fletscht.

TAZ vom 20./21./22.04.2019

## **Hannibals Kameraden beim Fußballbund**

Der Verein Uniter macht mit paramilitärischen Übungen von sich reden. Mehrere Geheimdienste haben ein Auge auf ihn und seinen bekanntesten Kopf geworfen: André S., der als „Hannibal“ auftritt. Doch der Deutsche Fußball-Bund lässt seine „Mannschaft“ von Uniter-Leuten schützen. Auch Spieler, die rassistisch bedroht werden

Es ist Dienstag, der 12. Juni 2018. Zwei Tage vor der Fußballweltmeisterschaft landet am Moskauer Flughafen Wnukowo um 16:55 Uhr Ortszeit ein Airbus A321, Aufschrift: Mannschaftsflieger. Die Spieler der deutschen Fußball-Nationalmannschaft steigen aus, ein Mitarbeiter der Lufthansa schwenkt eine Deutschlandflagge. Der Mittelfeldspieler Mesut Özil, dunkelblauer Anzug, schwarzes Hemd, macht ein Selfie. Später lädt er es bei Instagram hoch, in der Kommentarspalte wünschen Fans ihm Glück. Andere schreiben: „Fischfresse“, „Ziege“, „schieß Türkenschwein“. Zu dieser Zeit ist Özil schon eine Weile in den Schlagzeilen. Gemeinsam mit seinem Kollegen İlkay Gündoğan hatte er sich mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ablichten lassen. Er wurde beleidigt, mit Rassismus überzogen.

Es gibt noch ein anderes Foto vom 12. Juni 2018. Es zeigt Özil und seine Mannschaftskollegen Sami Khedira und Julian Draxler, während sie durch das Flughafengebäude laufen. Die Spieler werden von einem Mann in einem Hoodie des Deutschen Fußballbunds (DFB) begleitet. Dieser Mann mit kurzem Bart und festem Schuhwerk ist für die Sicherheit der Fußballstars zuständig. Sein Name ist Marc Z.. Was zu dieser Zeit kaum jemand weiß: Der Personenschützer ist in einem Verein aktiv, für den sich der Militärische Abschirmdienst und weitere Nachrichtendienste interessieren.

## **Hannibals Verein**

Der Verein heißt Uniter, er steht im Zentrum eines Netzwerks aus aktiven und ehemaligen Sicherheitskräften, insbesondere aus der Bundeswehr, der Polizei und privaten Sicherheitsfirmen. Der Verein kümmert sich um Veteranen, um Soldaten mit posttraumatischer Belastungsstörung, vermittelt Jobs an Sicherheitskräfte.

Bekanntester Kopf von Uniter ist André S. alias „Hannibal“. Der frühere Angehörige des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr ist heute ein Soldat, der keine Uniform mehr tragen darf. Er hat den Verein gegründet und steuert ihn bis heute maßgeblich. Er hat auch Chatgruppen administriert, in denen sich sogenannte Prepper auf den „Tag X“ vorbereiteten. In diesen Gruppen waren mehrere Männer, gegen die der Generalbundesanwalt wegen schweren Delikten ermittelt: Sie sollen Feindeslisten geführt und die Tötung politischer Gegner im Zusammenhang mit dem „Tag X“ besprochen haben. Franco A., ein rechtsextremer Bundeswehrsoldat, der Terroranschläge geplant haben soll, war in einer der Chatgruppen. Mindestens zweimal hat er an Treffen mit Hannibal teilgenommen, bei ihm wurde auch ein Aufnäher von Uniter gefunden. Auch Hannibal selbst ist ein Fall für die Justiz: Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Viele der damaligen Chatmitglieder sind im Verein Uniter organisiert. Der Verein besteht darauf, dass Chats und Verein nichts miteinander zu tun hätten, obwohl alle Fäden bei Hannibal zusammenlaufen. Mehrere Nachrichtendienste, Sicherheitsbehörden, Staatsanwälte, Ministerien und Parlamente beschäftigen sich mit dem Netzwerk. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) sagte Mitte März, er habe in Sachen Uniter ein „Störgefühl“. In einem Brief fordert er Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zur Aufklärung auf. Der österreichische Innenminister Herbert Kickl von der nationalistischen FPÖ hat sich Ende März mit Bezug auf die Chatgruppen festgelegt: „Offizieller Auftritt dieser Vereinigung ist der deutsche Verein Uniter.“ Soll heißen: Der Verein mit seiner Sorge um Veteranen sei die Fassade für ein Netzwerk, zu dem auch die Chatgruppen mit den Männern unter Terrorverdacht gehören.

Im Dezember 2018 berichteten wir, dass dieser Verein Zivilisten in Militärtaktik trainiert und eine bewaffnete Einheit aufbaut. Uniter nennt diese Einheit „Defense Corps“ und bietet in diesem Zusammenhang auch eine „Kommandoausbildung“ an. Personen, die mit den Vorgängen vertraut sind, sprechen von einer „paramilitärischen Ausbildung“, Uniter von einer „Teambuilding-Maßnahme“. Im März 2019 legten wir offen, dass Uniter sich anbietet, Sicherheitskräfte des philippinischen Autokraten Rodrigo Duterte auszubilden.

Zahlreiche Uniter-Mitglieder und Partnerorganisationen, selbst ein dubioser österreichischer Pseudoritterorden, haben dem Verein mittlerweile den Rücken gekehrt. Marc Z., der Bodyguard mit dem DFB-Hoodie ist immer noch dabei.

## **Marc Z.**

Wir wollen mit Marc Z. sprechen. Er stimmt zu und schlägt ein Treffen in einer Düsseldorfer Hotellobby vor. Er erscheint mit Begleitung. Marc Z. ist ein freundlicher Mann Anfang 30, trägt einen schwarzen Rollkragenpullover und hat einen leichten Händedruck.

Marc Z. war acht Jahre Fallschirmjäger bei der Bundeswehr. Das brachte ihn schon in jungen Jahren mehrfach nach Kundus, Afghanistan. Dort hatte er mit Taliban zu tun, mit Terror, mit Islamismus. 2008 war er mal auf dem Titelbild der Zeitschrift des Reservistenverbands, Titel: „Im Fadenkreuz der Extremisten“. Der Einsatz in Kundus ist heikel. Mehrfach starben Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, auch in den Jahren, in denen Marc Z. dort war. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr machte er eine Ausbildung zum Rettungssanitäter, bevor er zum Personenschutz fand.

Wenn es Drohungen gegen Spieler der Nationalmannschaft gibt, ist es besonders interessant, wer für ihre Sicherheit zuständig ist. Gerade, wenn sie so bedroht sind wie Özil. Was aber, wenn Personenschützer sich in ihrer Freizeit in Vereinen engagieren, in deren Umfeld sich mutmaßliche Rechtsterroristen bewegen?

Um diese Frage dreht sich das Gespräch. Knapp drei Stunden sitzen wir mit Marc Z. bei Cola light und Pfefferminztee neben einem roten Klavier. Es geht um Uniter, um den DFB, um Auslandseinsätze in Afghanistan und um Spenden an Obdachlose. Zitieren dürfen wir nicht. Wir vereinbaren, dass Fragen im Nachhinein schriftlich beantwortet werden können.

E-Mail an Marc Z. Keine zwei Stunden später kommt eine Antwort, aber nicht von ihm. Stattdessen teilt das Presseteam von Uniter mit: „Herr Marc Z. ist nunmehr angewiesen, keine Mails von Ihnen zu

beantworten und den Kontakt abzubrechen. Er widerspricht demzufolge hiermit ausdrücklich JEDER Zitierung.“ Uniter sagt auch: Der Arbeitgeber von Marc Z. wolle nun juristisch gegen die taz vorgehen.

Das ist eine besondere E-Mail: Eine Privatperson bittet um ein vertrauliches Gespräch, auf Rückfragen antwortet ein anonymes Pressteam eines Vereins, dass ein Unternehmen, das nichts mit dem Verein zu tun hat, juristische Schritte wegen Fragen von Journalisten einleiten will.

Wenn man zu Uniter recherchiert, bekommt man öfter besondere E-Mails. Auf eine Presseanfrage im Jahr 2018 hin drohte Hannibal der taz damit, den Geheimdienst der Bundeswehr einschalten zu wollen. Im April dieses Jahres schickte ein Uniter-Mitglied einen Fragenkatalog an die taz und wollte etwa wissen, ob „Mitarbeiter der TAZ bei der ANTIFA“ sind.

Ob Marc Z. in einer der fraglichen Chatgruppen war, ist unklar. Uniter teilt mit, dies sei „ausgeschlossen“. Klar ist aber: Marc Z. ist eine der wichtigsten Personen innerhalb des Vereins. Er leitet den „District West“ von Uniter, ist also für Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland zuständig. Er ist auch in einigen anderen wichtigen Abteilungen und Einheiten des hierarchisch organisierten Vereins aktiv. Unter anderem gehört er zusammen mit Hannibal und rund einer Handvoll weiterer Männer dem „Diplomatic Corps“ von Uniter an. Das ist eine Einheit, die Uniter mit guten Manieren auf dem internationalen Bankett repräsentieren soll. Marc Z. ist zudem der Hauptverantwortliche für die Großevents und die sozialen Projekte des Vereins.

Es gibt nicht viele Uniter-Mitglieder, bei denen sich so viele Funktionen, Aufgaben und Mitgliedschaften in Einheiten häufen. Mehrere voneinander unabhängige Quellen sagen uns auch: Marc Z. ist Mitglied des „Defense Corps“, der Einheit, der die paramilitärischen Trainings nachgesagt werden. Obwohl sich dieser Begriff auf der Webseite von Uniter findet, bestreitet das Pressteam die Existenz der Einheit.

Es darf angenommen werden, dass Marc Z. zum inneren Kreis von Uniter gehört. Eines Vereins also, den der Generalbundesanwalt als Beobachtungsvorgang führt und für den sich mehrere Nachrichtendienste, etwa der Militärische Abschirmdienst oder das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, interessieren.

Bei unseren Recherchen erfahren wir: Marc Z. ist nicht die einzige Person mit Verbindungen zum Uniter-Netzwerk, die mit dem Schutz der DFB-Profis betraut war. Auch Marco D. war für den DFB im Einsatz. Bei Marco D. handelt es sich um einen der wenigen Männer von Uniter, der mit seinem Gesicht für den Verein in der Öffentlichkeit steht. So trat er beispielsweise für Uniter im SWR in Erscheinung. Wie Marc Z. soll auch er Mitglied der „Defense“-Einheit sein. Als „Deputy Grand District Leader Germany“ ist er für die Aktivitäten von Uniter in ganz Deutschland an zentraler Stelle mitverantwortlich.

Marco D. soll auch Mitglied in mindestens einer der von Hannibal administrierten Prepper-Chatgruppen gewesen sein. Das sagen uns zumindest zwei Leute, die es wissen können. Marco D. bestreitet das.

Marco D. und Marc Z. kennen sich schon länger. Acht Jahre waren sie am gleichen Standort der Bundeswehr stationiert. Bei den Recherchen zu Uniter stoßen wir immer wieder auf das Fallschirmjägerbataillon 261. Viele Mitglieder des Vereins gehörten der Einheit im saarländischen Lebach an, so auch Hannibal. Heute gehören Hannibal, Marco D. und Marc Z. zu den wichtigsten Funktionären von Uniter. Die Kameradschaft überdauerte die gemeinsame Zeit bei der Bundeswehr. Uniter ist ein kameradschaftlicher Verein und ein Berufsnetzwerk. Man vermittelt sich gegenseitig Jobs in der Sicherheitsbranche. So sind Spiele des DFB nicht der einzige Einsatzort für Mitglieder von Uniter. Marc Z. war etwa mal bei einem Finale von „Germany’s Next Topmodel“ im Einsatz; Marco D. hat für einen DAX-Konzern, der der taz bekannt ist, gearbeitet. Viele Mitglieder des Vereins sind in sensiblen Sicherheitsbereichen unterwegs.

Seit dem Jahr 2000 ist eine Security-Firma für die Nationalmannschaft im Einsatz. Marc Z. ist dort bis heute angestellt, über das Unternehmen kam er auch zur Weltmeisterschaft 2018. Marco D. wurde zumindest bei der Europameisterschaft 2016 eingesetzt.

Als wir auf die Verbindung zwischen Uniter und dem DFB stoßen, verlinkt die Firma auf Instagram in den Bildbeschreibungen von fast allen Fotos auf Uniter. Ein Foto zeigt Marco D. mit einem T-Shirt von Uniter und einer Schrotflinte. Als wir Ende 2018 über das Netzwerk berichten, verschwinden die Hinweise, Bildbeschreibungen werden geändert, viele Fotos gelöscht. So wird auch ein Link auf Uniter unter einem Foto gelöscht, dass Papst Franziskus beim Händeschütteln mit Björn B., dem Inhaber der Securityfirma, zeigt. Es entstand, als die Nationalmannschaft im November 2016 eine Privataudienz im Vatikan erhielt.

Im Industriegebiet einer kleinen Stadt an der Grenze zu den Niederlanden steht ein Gebäude mit einem flachen Dach. Vor dem Gebäude stehen Buddha-Skulpturen aus Stein. Es handelt sich um ein

Fitnessstudio, man kann hier rund um die Uhr Gewichte heben. An der Eingangstür hängt ein Zettel: „Kooperationspartner im Bereich Dienstsport, Polizei Nordrhein-Westfalen, Kreis Borken“.

Das Fitnessstudio gehört Björn B. Er selbst bietet hier Kurse in „Close Combat Streetfighting“ an. An einem schwarzen Brett im Fitnessstudio wird damit geworben, dass dieses von Björn B. entwickelte System auch an der Sportschule der Bundeswehr gelehrt werde. Fotos belegen, dass auch Marc Z. schon mit Björn B. im Fitnessstudio trainiert hat. Dort arbeitet auch eine Frau, die auf mehreren internen Fotos von Uniter auftaucht. Auch sie ist Mitglied bei Uniter.

Ende 2018 sammelt Uniter Spenden für Obdachlose. Sie sollen an das Fitnessstudio geschickt werden. Aus Vereinsquellen erfahren wir: Marc Z. ist für die Spendensammlung verantwortlich. Er soll es auch gewesen sein, der die Spenden an das Trainingszentrum schicken ließ. Ob Björn B. davon Kenntnis hatte, ist unklar.

Was sagt Björn B. dazu, dass sein Unternehmen Werbung für den Verein macht? Was sagt er dazu, dass sein Unternehmen den Verein bei der Spendenaktion logistisch unterstützt? Was sagt er dazu, dass über seine Firma Uniter-Mitglieder bei Spielen des DFB eingesetzt wurden?

In einem kurzen Telefonat sagt Björn B. Ende letzten Jahres, dass er Mitglied bei Uniter war. Mehrere Quellen erzählen uns: Björn B. ist im Zuge der Berichterstattung aus dem Verein ausgetreten. Also ungefähr zu dem Zeitpunkt, als der Instagram-Account aufgeräumt wurde. Als wir Björn B. im April dieses Jahres eine E-Mail schreiben, meldet sich ein Anwalt zurück. Es heißt, Björn B. werde sich nicht äußern.

Es gibt also mindestens drei Personen aus Hannibals Verein, die für den DFB im Einsatz waren: Marc Z., Marco D. und Björn B. Es stellt sich die Frage: Wie eng ist die Verbindung zwischen Uniter und Björn B.s Firma?

## **Fußballbund**

Der DFB äußert sich nicht im Detail zu seinen Sicherheitsdienstleistern. Er teilt knapp mit: „Herr B. hat sich uns gegenüber immer klar zu den Werten des DFB bekannt und dies auch durch seine seit vielen Jahren von fachlicher Kompetenz geprägten Mitarbeit bestätigt. Seine Mitgliedschaft in dem genannten Verein besteht nach unserer Kenntnis nicht mehr.“ Außerdem lässt man wissen, dass es behördliche Zuverlässigkeitsüberprüfungen gebe. Zu Marc Z. oder Marco D. sagt der DFB auf wiederholte Anfrage nichts.

Am 27. Juni 2018 scheidet die Mannschaft des DFB bei der Weltmeisterschaft in Russland aus. Nach dem Abpfiff des Spiels gegen Südkorea eskaliert die Situation zwischen Mesut Özil und einem deutschen Fan. Özil wird beim Gang in die Kabine von der Tribüne aus beschimpft. Er reagiert so aufgebracht, dass gleich mehrere Leute vom DFB dazwischengehen müssen. Björn B. ist dabei. Er macht seinen Job, schützt Özil und beendet die Situation.

Es ist möglich, dass Björn B. nichts vom Innern des Vereins weiß, nichts von der „Defense“-Einheit, nichts von der geplanten Kooperation mit den Duterte-Leuten, nichts von Chatgruppen, in denen sich Personen austauschen, denen die Planung von Anschlägen vorgeworfen wird. Es ist möglich, dass Marc Z. nicht in diesen Chatgruppen war und er im Verein nicht viel mehr als harmlose Veteranentage oder Spendensammlungen organisiert.

Doch Uniter ist der Verein, bei dem ein CDU-Innenminister „Störgefühle“ angemeldet hat. Mitte April erklärte das Parlamentarische Kontrollgremium, das für die Kontrolle der Nachrichtendienste verantwortlich ist, dass es den ständigen Bevollmächtigten des Gremiums mit der Erarbeitung eines Berichts beauftragt hat. Thema: „Erkenntnisse und Maßnahmen von BAMAD, BfV und BND zur Aufklärung möglicher rechtsextremistischer Netzwerke mit Bezügen zur Bundeswehr“. MAD, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst könnten also Erkenntnisse haben.

Hat beim DFB niemand Störgefühle? Der Verband teilt mit, er lege großen Wert darauf, dass Mitarbeiter für die „verbindenden Werte“ stehen.

TAZ vom 06./07.07.2019

## **Auf der Feindesliste**



Mitglieder der Preppergruppe Nordkreuz sollen geplant haben, politische Gegner zu töten. Die Männer horteten Munition und sammelten Daten über mögliche Opfer. Was tut der Staat gegen rechten Terror?

Als Heiko Böhringer Hilfe braucht, wendet er sich an die Polizei. Er hat einen Brief erhalten, am Computer getippt, per Post verschickt. Eine anonyme Morddrohung. Böhringer lebt im mecklenburgischen Ludwigslust, er ist Ingenieur, Lokalpolitiker und in einem Bündnis für Windkraftausbau aktiv. Nicht nur er bekommt so einen Drohbrief, sondern auch ein Landrat und der Energieminister des Landes. Der Staatsschutz übernimmt. Ein paar Tage lang erhält Böhringer Polizeischutz, die Familie des Ministers auch, aber der Absender der Briefe wird nicht gefunden. Das war 2015. Böhringer hatte viel zu tun, das mit der Morddrohung hatte er schon fast vergessen. Bis ihn das Bundeskriminalamt daran erinnert.

Am Montag vor einer Woche haben BKA-Ermittler ihn als Zeugen zur Kriminalinspektion nach Schwerin gebeten, danach wird er der taz von dem Termin berichten. Die Beamten zeigen ihm Ausdrucke mit Fotos und Informationen über ihn, aber auch über andere Personen. Auf manchen Dokumenten sind handschriftliche Notizen. Bei den Betroffenen handelt es sich um Politiker von der Linken, von den Grünen und der SPD sowie Aktivisten aus der Zivilgesellschaft. Viele haben sich für Flüchtlinge engagiert. Der Verdacht der Ermittler: Diese Datensammlung, die sie bei Razzien in einem gelben Ordner und einem Umschlag gefunden haben, sind eine Feindesliste. Angelegt von zwei Männern, die geplant haben sollen, politische Gegner umzubringen.

Die Ermittler zeigen Böhringer eine Skizze. Es ist der Grundriss seiner Wohnung. Der Staatsschutz hatte sie angefertigt, damals, nach den Morddrohungen. Jetzt ist sie in die Hände von zwei Männern geraten, die das BKA für rechtsextreme Terroristen hält.

Es ist ein ungeheuerlicher Verdacht, dem die Bundesanwaltschaft seit nun fast zwei Jahren nachgeht: Zwei Männer in Mecklenburg-Vorpommern sollen geplant haben, Personen aus dem „politisch linken Spektrum“ zu töten. Der eine Beschuldigte, Jan Hendrik H., ist Anwalt aus Rostock und war bis vor Kurzem Lokalpolitiker. Der andere, Haik J., arbeitete bis zu den Ermittlungen bei der Kriminalpolizei in Ludwigslust. „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ lautet der Vorwurf im Juristendeutsch und meint: Terror.

Wenige Wochen ist der Mord an Walter Lübcke nun her, der erste mutmaßlich rechtsextreme Mord an einem Politiker in Deutschland seit 1945. Alte Fragen stellen sich jetzt noch dringlicher: Wie schützt der Staat die Bedrohten? Kann er das überhaupt?

Seit zwei Jahren recherchiert ein Team der taz zu rechten Netzwerken in Mecklenburg und in ganz Deutschland. Wir haben mit vielen Beteiligten gesprochen, mit Quellen in Behörden und in der Politik, wir konnten Ermittlungsunterlagen und andere Dokumente einsehen. Damals schon schrieben wir von einem radikalen Netzwerk, jetzt können wir detaillierter beschreiben, wie die Pläne aussahen und wer die Opfer sein sollten.

Es geht um Elitepolizisten, die Munition klauen und horten. Um Löschkalk und Leichensäcke. Um einen Landesinnenminister, der wenig weiß oder das vorgibt. Und um die Bundesanwaltschaft, die bislang nicht wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

Um zu verstehen, wie groß die Gefahr für Heiko Böhringer und die anderen Menschen auf der Nordkreuz-Liste ist, muss man zwei Jahre zurückgehen.

Am 28. August 2017 durchsucht das BKA Wohnungen und Büros von Jan Hendrik H., Haik J. und mehreren Zeugen in Mecklenburg-Vorpommern, im April 2018 rücken sie noch einmal aus, um bei acht Zeugen zu durchsuchen. Inhaftiert ist bislang keiner der Beschuldigten.

Die Ermittler gehen vorsichtig vor. Die Bundesanwaltschaft misstraut den örtlichen Polizeikräften, informiert sogar den Landesinnenminister im August 2017 erst unmittelbar vor den ersten Durchsuchungen. Denn die beiden Verdächtigen verfügen über gute Kontakte: Sie sind Teil der rund 30-köpfigen Gruppe Nordkreuz. Unter den Mitgliedern sind nicht nur Polizisten, sondern auch Anwälte, ein Malermeister, ein Kampfsportlehrer, Sportschützen, Reservisten.

Die Menschen in der Gruppe bereiten sich auf einen „Tag X“ vor, einen Sturm oder einen Stromausfall, das sind die Szenarien, die ehemalige Gruppenmitglieder beschreiben. Sie erzählen davon, dass sie Trinkwasseraufbereitung üben, sich von Türmen abseilen und einander warnen, wenn Impfstoff in einem Krankenhaus knapp wird. Sie sind Prepper. Das ist nicht strafbar.

Unsere Recherchen haben aber auch ergeben: Die Mitglieder dieser Gruppe, die sich um 2015 herum gegründet hat, halten es für möglich, dass die öffentliche Ordnung zusammenbricht, weil Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Sie misstrauen dem Staat und bezweifeln, dass er die öffentliche Sicherheit aufrechterhalten kann. Es ist die Aufgabe von Polizisten, Soldaten und Reservisten, Sicherheit

herzustellen. Stattdessen haben Mitglieder von Nordkreuz das Gegenteil vor. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet Nordkreuz nach eigenen Angaben bereits seit Herbst 2016 mit „vollem“ Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel.

Die Geschehnisse in Mecklenburg lassen sich nicht als Einzelfall mit zwei mutmaßlichen Straftätern abtun, die in sich in einer Gruppe bewegen, sich radikalisierten. Nordkreuz ist keine isolierte Gruppe und eingebettet in ein weit größeres Netzwerk. Das können wir längst belegen. Die meisten Mitglieder sind auch Teil weiterer Telegram-Gruppen wie Nord.com und Nord. Daneben gibt es die Gruppen West, Ost und Süd. Was sie vereint, ist ihr Gründer, er nennt sich Hannibal. Sein bürgerlicher Name ist André S. Neben den Prepperchats führt er den Verein Uniter, der sich in sein Netz einfügt, in Süddeutschland sogar mit der Preppergruppe verschmolzen ist.

Als André S. die Gruppen und den Verein gründet, ist er Soldat beim Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr. Eine Eliteeinheit, deren Aufgabe auch ist, Terror im Ausland zu bekämpfen. Also: den Staat zu schützen. Doch André S. bereitet sich auf dessen Zusammenbruch vor. In einer internen E-Mail riet er etwa, sich auf „innere Unruhen“ oder „Krisen an den Grenzen“ vorzubereiten. In Chats und bei Treffen sprachen sie über Fluchtrouten, sichere Treffpunkte, Depots. André S. ist nicht mehr beim KSK, es läuft ein Disziplinarverfahren gegen ihn, auch die Staatsanwaltschaft ermittelt, weil bei einer Durchsuchung seines Elternhauses Zünder von Übungshandgranaten gefunden wurden. Ob er über die Pläne der Prepper im Norden informiert war, ist unklar. Unter Terrorverdacht steht er nicht.

Von dem großen Netzwerk und seinem Strippenzieher weiß Heiko Böhringer nichts, als er im Juni 2019 in Schwerin beim BKA sitzt. Die Sache mit Nordkreuz kennt er aus der Zeitung, die beiden Beschuldigten Jan Hendrik H. und Haik J. glaubt er nie getroffen zu haben.

Er selbst hatte nach den Morddrohungen nie eine Rückmeldung von den Ermittlern bekommen. Auch nicht, als sein Wohnungsgrundriss bei den Razzien gefunden wurde. Hatte der Kriminalpolizist Haik J. damals mit den Ermittlungen zu tun oder geht der Staatsschutz so schlampig mit anvertrauten Daten um, dass andere Polizisten darauf zugreifen können? Das Innenministerium in Schwerin will dazu auf taz-Anfrage nichts sagen.

### **Der Begriff „Todesliste“ fiel im Bundestag**

Ohnehin erklärt das Ministerium seit zwei Jahren wenig. Zwar setzte Innenminister Lorenz Caffier (CDU) eine Prepper-Kommission ein, ihr Bericht ist jedoch bis heute nicht veröffentlicht. Informationen fließen spärlich. Oder sind unwahr.

Im Innenausschuss des Landtages erklärt ein Staatssekretär noch im Januar: Selbst wisse man nicht viel, weil die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen führt. Aber auch diese habe im Dezember 2018 im Innenausschuss des Bundestages nicht von einer Namensliste gesprochen, sagt er laut Protokoll und legt sich fest: Entsprechende Medienberichte müssten „schlicht falsch“ sein. Aber das stimmt nicht. Der taz liegt das Protokoll dieser nichtöffentlichen Sitzung vor. Darin ist mehrfach explizit der Begriff „Todesliste“ zu finden.

Nach Heiko Böhringers Befragung reisen die Ermittler vom BKA weiter nach Rostock. Sie befragen insgesamt 29 Zeugen. Wir konnten mit einigen von ihnen sprechen.

Daten von rund 25.000 Personen haben die Ermittler sichergestellt, der größte Teil stammt aus dem Hack eines Versandhandels, der seit Jahren im Internet kursiert. Was die 29 Personen verbindet, die als Zeugen geladen wurden: In ihren Fällen wurden Meldeadressen oder Geburtsdaten ergänzt. Die Ermittler denken, dass Haik J. seinen Zugang als Kriminalpolizist genutzt hat, um solche Details herauszufinden.

Am Ende der Befragungen haben die Ermittler einen Querschnitt der Rostocker Zivilgesellschaft getroffen: Ein hochrangiger Gewerkschaftsfunktionär ist dabei. Landtagsabgeordnete, die ihren Wahlkreis in der größten Stadt des Bundeslandes haben. Eine Reihe von Abgeordneten aus der Rostocker Bürgerschaft, der Kommunalvertretung. Dort hatte auch Jan Hendrik H. ein Mandat, der beschuldigte Rechtsanwalt. Obwohl es mehrmals Anträge gab, wurde Jan Hendrik H. nicht aus Gremien ausgeschlossen. Es gelte die Unschuldsvermutung, sagten die Abgeordneten damals. Jetzt erfahren einige von ihnen, dass Jan Hendrik H. Dossiers über sie angelegt hat. Auch ein ehemaliger Mitbewohner von Haik J. aus Studientagen ist in der Sammlung vermerkt, ein Mitglied der Linkspartei. Neben seinem Namen steht sinngemäß: Kenne ich. Kommen gut klar. Aus dem konnte ja nichts werden.

Was sich anhand der Zeugenliste zeigt: Die Beschuldigten haben es nicht auf radikale Linke abgesehen, nicht auf Spitzenpolitiker im fernen Berlin. Sie spähten Menschen in der Mitte der Gesellschaft aus. Ihre Nachbarn.

Was das BKA ihnen gesagt hat, das berichten mehrere Befragte unabhängig voneinander: Das BKA habe direkt nach den Durchsuchungen im August 2017 die Einschätzung getroffen, dass eher keine Gefährdung vorliege. Das sei an das LKA in Mecklenburg-Vorpommern gegangen mit der Bitte: die Betroffenen zu sensibilisieren. Sprich: sie zu informieren, dass sie auf der Liste stehen.

Innenminister Caffier sagte hingegen im Landtag: Er habe nicht in die Öffentlichkeit gehen können und von Todeslisten sprechen. „Und genauso schwer fällt es mir, das LKA anzuweisen, die 29 Personen zu informieren, obwohl doch gar keine Gefährdung vorliegt.“ Nicht einmal seine Kollegen im Landtag hat er informiert, die ihn mehrfach explizit um Auskunft baten.

Inzwischen beschäftigten mehr als ein Dutzend parlamentarische Anfragen zur Nordkreuz-Gruppe und dem Hannibal-Netzwerk die Bundesregierung. Landtagsabgeordnete fragten nach, die Chefs der Nachrichtendienste wurden in Ausschüsse und Gremien bestellt. Auch dort heißt es immer wieder, es gebe Ermittlungen. Aber ein konspiratives Netzwerk mit dem Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen?

Vergangene Woche wurde bekannt, dass bei den Ermittlungen auch eine Art Materialliste gefunden worden ist, handgeschrieben. Darauf nach taz-Informationen verzeichnet: Leichensäcke und Löschkalk, den man in Massengräber schüttet, um die Verwesung zu beschleunigen. Darüber berichtete zuerst das Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Bei welchem Sturm, welchem Stromausfall sollte jemand Leichensäcke in großer Stückzahl benötigen? Langsam scheint der Öffentlichkeit bewusst zu werden: Das sind keine harmlosen Prepper.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt bislang im Norden lediglich gegen Haik J. und Jan Hendrik H. wegen Terrorvorwürfen. Alle anderen aus dem Netzwerk gelten als Zeugen. Dabei müsste den Ermittlern längst bewusst sein, dass nicht nur diese zwei Männer Tötungsabsichten hatten.

In der Nordkreuz-Gruppe habe man davon gesprochen, gegen die als „Invasoren“ bezeichneten Flüchtlinge vorzugehen, notfalls mit Waffengewalt. So haben es die BKA-Beamten jetzt den 29 Befragten erklärt. Und es habe einen kleineren Personenkreis gegeben, der auch gegen diejenigen vorgehen wollte, die sie für das angebliche Problem verantwortlich machen.

Was sie offenbar vorhatten, wird in dieser Szene deutlich: An einem Abend Anfang 2017 treffen sich vier Männer aus der Nordkreuz-Gruppe an einem Stehimbiss in Mecklenburg-Vorpommern. Sie fragen sich: Wenn der „Tag X“ kommt und Chaos ausbricht, könnte man nicht Bundeswehr-Lkws organisieren, um Menschen abzutransportieren? Von Erschießungen soll die Rede gewesen sein. So sagen es Personen, die mit den Vorgängen betraut sind.

Die vier Männer tauschen sich in einer eigenen Telegram-Chatgruppe aus, sie heißt „Vier gewinnt“. Laut Bundesregierung manifestiert sich bei den Mitgliedern dieser Gruppe „eine gefestigte rechtsextremistische Einstellung“. Mit dabei: ein Versicherungsvertreter aus Rostock; der damalige Chef einer Reservistenkompanie der Bundeswehr; Haik J., der beschuldigte Kriminalpolizist. Und Marko G., ein ehemaliger SEK-Beamter.

### **Ein Präzisionsschütze, der Waffen hortete**

Marko G. hat die Nordkreuz-Gruppe gegründet und geleitet, er ist die Verbindungsperson zu Hannibal, dem zentralen Chatgruppen-Administrator. Und er sitzt seit Mitte Juni in Untersuchungshaft. Der Vorwurf: Verstoß gegen das Waffenrecht, das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz. In diesem Fall ermittelt die Staatsanwaltschaft in Schwerin.

Marko G. war früher Fernspäher, einer derjenigen, die man hinter der feindlichen Linie abwerfen konnte und die trotzdem überlebten. Dann ging er zum Spezialeinsatzkommando der Polizei, die Einheit für harte Fälle, Festnahme von Schwerverbrechern, Geiselnbefreiung. Er ist Präzisionsschütze.

Im Terrorverfahren des Generalbundesanwaltes gilt Marko G. als Zeuge, deshalb befragten ihn die Ermittler damals und durchsuchten sein Haus. Für die taz ist er nicht zu sprechen, auch nicht, als er im April bei einer Podiumsdiskussion in Rostock zum Thema Nordkreuz als Zuhörer erscheint.

Die Nordkreuz-Gruppe hatte, das geht aus Ermittlungsunterlagen vor, für „Tag X“ vorgesorgt und geheime Depots angelegt, mit Treibstoff und Nahrungsmitteln. Jeder von ihnen hatte dafür 600 Euro gezahlt – an Marko G. Jetzt wird bekannt: Schon bei der Durchsuchung 2017 haben die Beamten bei ihm mehrere zehntausend Schuss Munition und eine Vielzahl von Waffen gefunden. Anfang Juni stießen sie erneut auf eine so hohe Anzahl Munition. Insgesamt handelt es sich um mindestens 60.000 Schuss. Auch eine Uzi-Maschinenpistole und ein Schalldämpfer wurden sichergestellt, beides besaß er illegal.

Die Ermittler haben herausgefunden, dass seit 2012 Munition aus Polizeibeständen geklaut wurde. Doch soll es sich dabei nur um einen geringen Anteil der gefundenen Munition handeln. Wo der Rest herkam? Unklar.

Beschuldigt, die Munition geklaut zu haben sind neben Marko G. drei aktive und ehemalige Beamte des SEK, einer ist schon kein Polizist mehr, die anderen sind suspendiert und sollen aus dem Dienst entfernt werden. Zwei von ihnen sitzen wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft. In Chats sollen die vier „rechtsextremistisches Gedankengut“ ausgetauscht haben. Zwei der vier sind ehemalige Fallschirmjäger. Ob auch sie direkten Kontakt zu Nordkreuz oder dem weiteren Hannibal-Netzwerk hatten, ist nicht bekannt.

Jetzt muss die Bundesanwaltschaft sich fragen lassen: Warum werden die beiden Verfahren getrennt behandelt? Ein Kriminalpolizist und ein Anwalt legen Todeslisten an. Sie sind Teil einer Gruppe, deren Leiter illegal Munition und Waffen hortet. Auf Landesebene und im Bundestag wundern sich Politiker: Warum sehen die Ermittler noch immer nur Einzelpersonen und keine terroristische Vereinigung? Also mindestens drei Personen, die schwere Straftaten begehen wollen, Schrecken verbreiten, mit einem politischen Ziel? Auf Anfrage der taz äußert sich die Bundesanwaltschaft nicht.

Nachdem Ermittler, Bundestag und Nachrichtendienste sich seit zwei Jahren an der Nordkreuz-Causa abarbeiten, nachdem ein CDU-Politiker in der hessischen Provinz mutmaßlich von einem Rechtsextremen ermordet wurde, hat nun Innenminister Caffier Konsequenzen angekündigt. Dem Betreiber eines Schießplatzes in Güstrow wurde gekündigt, dort hatten Polizisten aus Mecklenburg-Vorpommern trainiert – aber auch welche aus anderen Bundesländern und auch die Nordkreuz-Mitglieder schossen dort regelmäßig. Der Betreiber war selbst Teil der Chatgruppe, ist dann aber ausgetreten.

Vier weitere Beamte hat Caffier vorsorglich aus dem SEK versetzen lassen, weil sie über Chats intensiven Kontakt zu Marko G. und den anderen SEK-Beamten hatten. Er hat die Schießtrainings neu organisieren lassen, um den Diebstahl von Munition zu verhindern. Alle Bewerber der Landespolizei sollen künftig vom Verfassungsschutz überprüft werden, Beamte maximal zehn Jahre beim SEK bleiben. Eine dreiköpfige Expertenkommission wurde beauftragt, die Spezialeinheiten des Landes bis Ende Oktober „gründlich zu untersuchen“.

Während der mutmaßliche Rechtsterrorist von Kassel enge Verbindungen in die klassische Neonaziszene hat, reichen die Kontakte von Nordkreuz bis in den parlamentarischen Raum. Mehr noch: Auch nachdem die Vorwürfe gegen die Mitglieder bekannt wurden, drängen sie in politische Ämter. Es taucht beispielsweise der Name eines AfD-Kommunalpolitikers als Nordkreuz-Mitglied in den Ermittlungsunterlagen auf, auf Anfrage verneint dieser, im Chat gewesen zu sein. Auch Marko G. ist AfD-Mitglied.

Der Kriminalpolizist Haik J. wurde in eine Partei-Arbeitsgruppe zur inneren Sicherheit berufen, da waren die Vorwürfe gegen ihn schon bekannt. Er arbeitete als Wahlkreismitarbeiter für den AfD-Landtagsabgeordneten Holger Arppe, zu dem auch der beschuldigte Anwalt Jan Hendrik H. guten Kontakt pflegte. Arppe wurde Anfang 2018 aus der Partei ausgeschlossen, nachdem die taz aus internen Chats zitiert hatte, in denen er von der Hinrichtung politischer Gegner sprach. „Ich will sie hängen sehen“, schrieb er. „Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben rauf.“

Auch Arppe wurde 2018 während der Nordkreuz-Ermittlungen als Zeuge durchsucht. Es gibt keinen Hinweis, dass er selbst Teil von Nordkreuz war. Doch egal wie eng der Kontakt zwischen der Gruppe und AfD-Vertretern ist: Die Ideologie und die Gedankenspiele sind teils sehr ähnlich.

Am 21. Mai 2015 zieht Holger Arppe in seinem Chat mit anderen AfD-Mitgliedern über einen Mann von den Grünen her, der sich gegen Rechtsextremismus engagiert. „Brauchen wir seine Adresse?“, fragt einer. „Da muss ich heute Nacht mal gleich meinen Dienstrechner mit seinen Daten füttern.“ Der Mann, über den sie sprechen, lebt in Rostock und saß in der Bürgerschaft. Sein Name steht auf der Feindesliste, darüber wurde er vergangene Woche vom BKA informiert. Auch seine Privatadresse steht dabei, handschriftlich notiert.